

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postgeltungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

### Gauleiterkonferenz in Hannover.

Hauptvorstand, Verbandsausschuss, Gauleiter und Branchenleiter tagten in gemeinsamer Konferenz am 15. und 16. November 1930 in Hannover. Folgende Tagesordnung war zu erledigen:

1. Die wirtschaftliche und politische Lage.
2. Stellungnahme zu den schwebenden Tarif- und Lohnfragen in der Chemie, Papierindustrie, Glasindustrie, feinkeramischen Industrie.
3. Bericht über die Kassenverhältnisse und die Invalidenunterstützung.
4. Die geplante Ausgesteuertenunterstützung.
5. Durchführung des Notopfers der Angestellten.
6. Geschäftliches.

Kollege Brey eröffnete um 9 Uhr die Konferenz. Er behandelte dann zu Punkt 1 die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation und deren fortgesetzte Wechselwirkung. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist der Bundesgenosse der Unternehmer beim Lohnabbau, der eingeleitet wurde durch den Dönhäuser Schiedsspruch. Der zweite Schritt war der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie. Innerhalb unseres Verbandsgebietes ist es bisher gelungen, den Lohnabbau abzuwehren oder einzudämmen. Wir haben bis zum 1. Oktober unsere 168 Angriffsbewegungen sogar zu 70,8 Prozent mit Erfolg beendet und die 90 Abwehrbewegungen zu 97,8 Prozent. Das war auch notwendig, denn von einem Herabgleiten der Preise, das einen Lohnabbau rechtfertigen könnte, kann keine Rede sein. Die Einstellung der jetzigen Regierung ist für Lohnabbau, und das bedeutet für uns Kampf. Auf politischem Gebiete richtet sich unser Kampf gegen den Abbau der Sozialversicherung. Manches Schlimme wurde verhindert. Wenn wir die jetzige Regierung toleriert haben, so nicht aus Liebe zu ihr und ihren Maßnahmen, sondern aus Sorge um die Arbeitslosen in erster Linie, denn bei Aufhebung der Notverordnung wären auch 300 Millionen Mark für sie in Wegfall gekommen. Brey weist dann auf die Gefahren hin, die der Arbeiterschaft drohen, wenn eine mehr nach rechts neigende Regierung käme. In Thüringen haben wir ein Beispiel im Kleinen. Brey geht dann noch auf die organisationszerstörende Tätigkeit von rechts und links ein und betont: Je einiger und geschlossener die Arbeiterschaft auftritt, um so leichter kann sie die Anschläge der Gegner parieren.

Kollege Parfisch bespricht hierauf zu Punkt 2 der Tagesordnung unsere Taktik bei unseren diesjährigen Lohn- und Tarifstreitigkeiten. Er hebt die zu beachtende Eigenart der einzelnen Industriegruppen hervor. Die Arbeiterschaft ist in ihrer Bewegungsfreiheit und Entschlußkraft gebremst durch die Krise. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, gibt es nur eins: Verkürzung der Arbeitszeit.

In einer umfangreichen Diskussion beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit all den Problemen, mit denen sich die organisierte Arbeiterschaft auseinandersetzen hat. Es wurde die Befürchtung laut, manche Unternehmer würden bei verkürzter Arbeitszeit ohne Neueinstellung von Arbeitskräften die seitherige Produktion bewältigen. Das kann natürlich nicht der Zweck der Arbeitszeitverkürzung sein. Es werden Fälle mitgeteilt, wonach zahlreiche Unternehmer gar keinen Lohnabbau wollen, sie können sich aber dem Druck ihrer Organisationsleitung und der diesbezüglichen Initiative der Regierung und der Schlichter nicht erwehren. Ein Redner ist der Meinung, daß die Trüfte eigentlich die Folgen der Stilllegungen für die Arbeiter tragen müßten.

Einstimmig angenommen wurden hierauf zwei Entschlüsse mit folgendem Wortlaut:

#### Entscheidung zur Arbeitszeitfrage.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Erkenntnis, daß auch nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt sein wird, drängt die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund ernster Erwägungen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die die gesamte Weltwirtschaft erfasst hat, ist im wesentlichen struktureller Natur. Die Rationalisierung der Wirtschaft und die gesteigerte Mechanisierung des Arbeitsprozesses haben bei verminderter Arbeiterzahl die Produktion in allen Industriezweigen ungeheuer gesteigert. Die freigesetzten Arbeitskräfte sind als Opfer der Rationalisierung und der strukturellen Wandlung der Wirtschaft zu betrachten. Sie wieder in den Produktionsprozess einzureihen, ist die wichtigste Aufgabe einer fortschrittlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Die Konferenz fordert als das geeignetste Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und des daraus entstehenden sozialen Elends eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden pro Woche. Der Vorstand wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, um dieses Ziel zu erreichen.

#### Entscheidung zur Lohnfrage.

Die am 15. November 1930 in Hannover tagende Konferenz des Hauptvorstandes, der Gau- und Branchenleiter des

Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die Bestrebungen auf Lohnabbau und gegen die als Folge dieser Bestrebungen in letzter Zeit gefällten Schiedssprüche der staatlichen Schlichter. Der Abbau der Löhne wird als geeignete Maßnahme zur Behebung der Wirtschaftskrise nicht anerkannt, denn er führt durch Herabsetzung der Kaufkraft der breiten Massen zur Verminderung des Warenverbrauchs und damit zur Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Die Ankurbelung der Wirtschaft muß vielmehr durch Herabsetzung der Warenpreise erfolgen, die durch entschiedene Maßnahmen gegen die verfehlte Preispolitik der Kartelle und Syndikate und gegen die hohen Gewinnspannen des Handels zu beschleunigen ist. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wird sich gegen alle Versuche, den Lohn abzubauen, zur Wehr setzen.

**Schlechte, liederliche Methode.**

„Die schlechteste Methode, deren sich die Wirtschaft in Zeiten von Depressionen bedienen kann, ist die Herabsetzung der Löhne der Arbeiter.“

Mr. Carl,  
Präsident der Western Union Telegraph Company.

... Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, von einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen.“

Henry Ford.

Der Kollege Köhler gibt hierauf einen eingehenden Bericht über die Verbandsfinanzen. Im Anschluß daran berichtet der Kollege Adler über unsere Erfahrungen mit der Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verbandsgebiet. Gegenwärtig erhalten 11 951 invalide Mitglieder Rente.

Der Kollege Brey berichtet hierauf über das Notopfer und gibt auf Anfrage die Auskunft, daß nicht nur unsere Verbandsangestellten den Extrabeitrag zugunsten der Ausgesteuerten leisten sollen, sondern auch alle Verbandsmitglieder, die sich im Angestelltenverhältnis bei einer unserer Bewegung nahestehenden Körperschaft befinden, und alle im Kommunal-, Staats- oder Reichsdienst stehenden Verbandsmitglieder.

Die Ausgesteuerten-Unterstützung richtet sich nach den Bestimmungen des § 16 unseres Verbandsstatuts.

Hierauf schloß Brey die Konferenz am 16. November um 12 Uhr.

### Lohnabbau, Lohnabbau, Lohnabbau . . !

So schreit der ganze Chorus derer, die nicht vom Lohn-einkommen leben müssen.

Geduldet euch, so sagten nach der Stabilisierung die Unternehmer zu den Arbeitern, wir müssen erst wieder Betriebskapital ansammeln, dann sollt ihr nicht zu kurz kommen. Jene, die ihr Kapital während der Inflation schon im Ausland hatten, brauchten Betriebskapital nicht erst zu „sammeln“. Viele Unternehmer erzählten uns, sie hätten den größten Teil ihres Kapitals überhaupt verloren. Als sie aber nach der Umstellung ihre erste Goldmarkbilanz herausbrachten, da zeigte sich, daß die Arbeiterschaft bemogelt worden ist. Die Kapitalien waren höher als vorher. Und wenn mit Absicht der Kapitalbestand höher angegeben wurde, als er in Wirklichkeit war, dann zu dem Zweck, zu verwässern, die Dividendenhöhe zu drücken, um die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nicht zu reizen.

Dann kam die Rationalisierung, die „vernünftige“ Produktion, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Jetzt mußten die Unternehmer wieder Kapital ansammeln, denn das seitherige (die noch nicht ausgenutzten Maschinen) wanderte ins alte Eisen. Hinzu kam der mächtig vorwärtsschreitende Konzentrationsprozess in den verschiedensten Industrien. Betriebe wurden aufgekauft und stillgelegt, die Arbeiterschaft auf die Straße geworfen. Also neue Kapitalvernichtung. Die Besitzer der von den Konzernen oder Trusten aufgekauften Betriebe gehen mit ihrem ganzen Anhang pazieren. Desgleichen ihre Nachkommen von Generation zu Generation. Die noch ungeborenen Proletarierkinder der Zukunft sind verpflichtet, zu arbeiten und zu darben für die Erben eines Stück Papiers, lautend auf einen vor etwa hundert Jahren stillgelegten Betrieb. Eine ewige Rente? Nein. So etwas wird sich die Menschheit nicht dauern lassen.

Eine Zeitung ging wieder der Schwindel durch die bürgerliche und die Unternehmerpresse von der Überfremdung durch

ausländisches Kapital. Aber das war wirklich ausgemachter Schwindel. Einmal ist es kein Unglück, sich mit fremdem Kapital hochzuarbeiten, zweitens haben große deutsche Firmen ohne Notwendigkeit ihre Betriebe an Ausländer verkauft, des glänzenden Geschäfts wegen, drittens war das Kapital schon in der Nachkriegszeit international, viertens steckt auch viel deutsches Kapital in ausländischen oder eigenen Unternehmungen im Auslande, und fünftens holen deutsche Kapitalisten ihr eigenes im Auslande „arbeitendes“ Geld als Auslandskapital herein.

Dann kam der neue Trick. Die Unternehmer begannen eine Offensive gegen die Lohnhöhe. Sie bombardierten die Öffentlichkeit täglich in Wort und Schrift mit der Behauptung, die deutsche Wirtschaft müsse bei den seitherigen Löhnen zusammenbrechen. Syndizi, Professoren, Generaldirektoren, Unternehmerpresse, Rechtspresse, ja selbst die gelbe „Arbeiterpresse“ hämmerten in alle Gehirnen immer daselbe: Lohnabbau! Lohnabbau! Bis alle Schlichter, alle Regierungsmänner und selbst jene, die aus eigener praktischer Erfahrung das ganze Geschrei als Schwindel erkannten, nichts anderes mehr denken konnten als „Lohnabbau“. Die Psychose war geschaffen; das Arbeitsministerium, die Regierung waren sturmreif geschossen, und nun fiel die Frucht: der Dönhäuser Schiedsspruch. Es folgte der Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, und jetzt kommen die Anträge auf Lohnabbau wolkenbruchartig überall. Die Besitzenden weigern sich, auf ihre gewohnte Lebensweise zu verzichten, deshalb muß die Arbeiterschaft darben. Die Regierung untergräbt durch den Lohnabbau das Fundament ihrer Finanzpolitik, denn die Preise kann sie ja kaum nennenswert abbauen. Sie kann ja nicht mit jedem Krämer verhandeln; sie soll ja regieren. Unternehmer und Handel machen ein doppeltes Geschäft: einmal durch den Lohnabbau und ein zweites durch keinen oder nur scheinbaren Preisabbau. Zu alledem erzählt man uns, wir leiden an Überproduktion, also an Überfluß. Das ist eine fürchterliche Verhöhnung der armen Teufel, die nichts zu essen, keine Kleidung und nur erbärmliche Wohnungen haben. Nein, wir haben keine Überproduktion, wir haben Massenbedarf, aber die Bedürftigen haben keine Tauschmittel, um die angebliche Überproduktion einzuzukaufen. Die ihnen vorenthaltenen Tauschmittel liegen in Form von Geldkapital irgendwo fest.

In dem Augenblick, da die Gesamtheit Besitzer der kapitalistischen Produktionsmittel ist, kann sie mit Hilfe der hochstehenden Technik sich Massengüter schaffen und verbrauchen. Es gibt dann keine Überproduktion. Man wird produzieren für reichlichen Bedarf, nicht für den Gewinn einzelner. Die Menschheit braucht nicht Not zu leiden. Die Erde beherbergt heute erst 30 Prozent der Menschzahl, die ernährt werden kann. Über das kapitalistische Wirtschaftssystem gestattet nur Überfluß für einzelne. Die Grenzen werden abgebrochen, die Völker gegenseitig durch Zölle ausgebeutet, in der Hauptsache zugunsten einzelner Berufsschichten.

Der ganze technische Fortschritt kommt heute nur einer kleinen Schicht zugute. Der andere, größere Teil, soweit er noch in Arbeit steht, wird zu Tode gehetzt mit Hilfe dieser Technik. Hohe Technik könnte ergeben: viel Freizeit für alle, hohe Produktion, kein Mangel an Gütern. Der Kapitalismus duldet das nicht. Er wird Menschheit und Kultur zugrunde richten, wie er die Menschen bereits seelisch verkrüppelt hat.

Wenn die aufsteigende Gesellschaftsschicht, die Arbeiterschaft, nicht bald zur Einigkeit kommt, verfehlt der Kapitalismus mit seinem der Gesamtheit der Arbeitenden abgenommenen Reichtum die Menschen zum Teil geistig, korrumpiert sie moralisch und baut sich aus seinen Sklaven die schiffliche Front auf, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen und seine Herrschaft zu verlängern. Zu diesem Zweck stellt er reichlich Mittel zur Verfügung, die er sich durch Lohnabbau holt. Wenn wir, statt einig zu sein, uns immer wieder spalten (siehe RGO.), dann triumphiert der kapitalistisch-faschistische Wahnsinn.

### Die Unterhaltspflicht in der Wohlfahrtspflege.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit und einer noch mangelhaften Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge sind viele unserer arbeitsfähigen und arbeitswilligen Kollegen gezwungen, die Hilfe der Wohlfahrtspflege (ausgeübt durch das Wohlfahrts- oder Fürsorgeamt) ihrer Wohnstättengemeinde in Anspruch zu nehmen. Schätzungsweise dürften zur Zeit im Reich 500 000 bis 600 000 Personen, ohne die Angehörigen, sein, die als Ausgesteuerte der Arbeitsämter als Wohlfahrtsarbeitslose bezeichnet werden und mit der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I, Seite 100), die ihrem Wesen nach eigentlich für andere Personenzweige bestimmt ist, in Berührung kommen. Wenn nun auch der jetzigen Wohlfahrtspflege der Charakter der Armenunterstützung mit dem Verfall des Wahlrechts genommen ist, so bleibt doch noch die behördliche Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bestehen, welche als erste Voraussetzung zur Unterstützung vorhanden sein muß und im Volksmunde mit „Durchleuchtung“ oder „Dürme zählen“ bezeichnet wird. Ferner bleibt übrig zu prüfen, ob

nicht der Hilfsbedürftige Anspruch gegen Dritte hat, wozu auch die Unterhaltspflicht der Verwandten gehört.

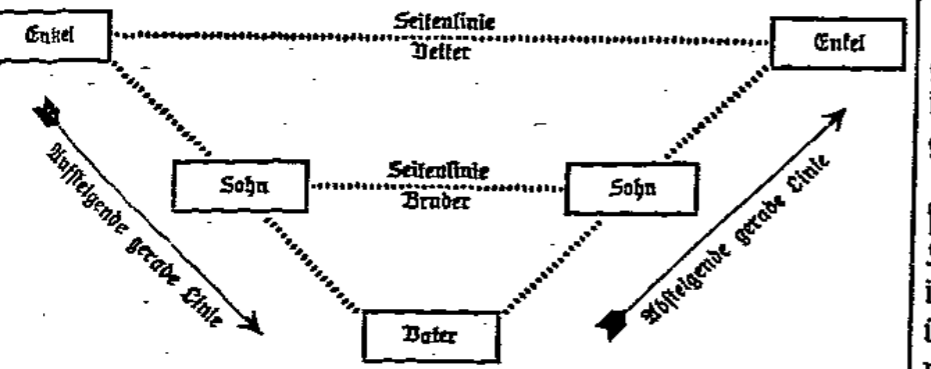
In dieser Abhandlung soll nur die Unterhaltspflicht der Verwandten besprochen werden, wobei natürlich nicht alle Verschiedenheiten der möglichen Verwandtschaftsgrade beleuchtet werden können.

„Verwandte in gerader Linie sind verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren.“

Und wer ist in gerader Linie verwandt? Darüber sagt § 1589 BGB.:

„Personen, deren eine von der anderen abstammt, sind in gerader Linie verwandt. Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von derselben dritten Person abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt.“

Nachstehende Skizze stellt das Verhältnis der Verwandtschaft dar:



Es sind also die Eltern für ihre hilfsbedürftigen Kinder unterhaltspflichtig, ebenso die Kinder für die Eltern; jedoch nicht für Schwiegersöhne oder Schwiegertöchter und umgekehrt. Nach ein Grad in gerader Linie weiter: die Großeltern für die Enkel bzw. die Enkel für die Großeltern.

Die allgemein verbreitete Ansicht, die Eltern hätten dem Kinde gegenüber keine Unterhaltspflicht, wenn es volljährig ist, muß, da im Gesetz nicht begründet, als irrig bezeichnet werden.

Im vorstehenden sind die Voraussetzungen behandelt, unter denen z. B. hilfsbedürftige Eltern Unterhaltsansprüche an ihre leistungsfähigen Kinder, also an Dritte, stellen können; ebenso umgekehrt, hilfsbedürftige Kinder an die Eltern.

Die diesbezüglichen landesrechtlichen Vorschriften sind in den Ausführungsbestimmungen der Länder zur Durchführung der Verordnung über die Fürsorgepflicht enthalten.

Der Klageweg z. B. in Preußen (bei den übrigen Ländern läuft er ähnlich) ist folgender: Das Wohlfahrtsamt erhebt seine Klage auf Ersatzleistung bei dem zuständigen Stadt- bzw. Kreisamt des Wohnsitzes des Ersatzpflichtigen.

Als vorstehender Abhandlung ergibt sich, daß zwar der Vorgang recht verwickelt erscheint, aber immerhin die Möglichkeit gegeben ist, sich ohne großen Kostenaufwand gegen unberechtigte Ansprüche der Fürsorgeverbände zu wehren.

gezogen werden kann. Das Nötigste zum Lebensunterhalt (auch Miete und Kleidung) bei der unbeschränkten sowie der standesgemäße Unterhalt bei der beschränkten Ersatzeleistung muß dem zur Unterhaltsleistung Verpflichteten doch bleiben.

Herrn. L a m p r e c h t, Frankfurt a. M. - Höchst.

### Ruht der Bezug des Wochen-, Still- oder Schwangerengeldes, wenn die Versicherte Arbeitsentgelt bezieht?

Von Jos. Milewzsek (Hannover).

Die Notverordnung zur Krankenversicherung bringt auch in bezug auf das Krankengeld in mehrfacher Hinsicht ungünstige Änderungen.

Abgesehen davon, daß der Mindestbetrag des Krankengeldes wie bisher auf 50 Prozent des Grundlohnes festgesetzt ist, sind auch die Möglichkeiten zur Erhöhung des Krankengeldes recht empfindlich eingeschränkt.

Könnten die Krankenkassen nach den früheren Bestimmungen jedem arbeitsunfähigen Erkrankten sofort das Krankengeld über 50 Prozent des Grundlohnes erhöhen, so ist eine Erhöhung durch Zuschläge nach der Notverordnung über 50 v. H. des Grundlohnes hinaus nur für Versicherte vorgesehen, die Angehörige im Sinne des § 186 RVO. haben oder länger als sechs Wochen arbeitsunfähig krank sind (§ 191 Abs. 1 und 2 RVO.).

### Unfähige Unternehmer.

Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abwälzen.

Durch die Notverordnung hat nun der § 189 RVO. einen neuen Absatz 1 erhalten. Mit dieser Vorschrift wird bestimmt, daß der Anspruch auf Krankengeld solange ruht, als der Versicherte während seiner Krankheit noch Arbeitsentgelt bezieht.

Da sich die Höhe des Wochengeldes in der Regel nach der des Krankengeldes richtet, entsteht die Frage, ob die Ruhensvorschrift des § 189 RVO. auch auf das Wochengeld Anwendung findet.

Diese Frage muß ganz entschieden verneint werden; denn die Bedeutung des Wochengeldes deckt sich nicht gänzlich mit der des Krankengeldes. Das Wochengeld erschöpft seinen Zweck nämlich nicht wie das Krankengeld nur in dem teilweisen Ersatz der wirtschaftlichen Einbuße, die dem arbeitsunfähigen Kranken durch den Lohn- oder Gehaltsausfall entsteht.

Die Bestimmung des § 195a macht dann auch die Gewährung des Wochengeldes nicht von dem Ausfall an Arbeitsentgelt abhängig. Die Schwangere (Wöchnerin) erhält das Wochengeld, auch wenn sie eine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt.

Gemäß § 195a, Abs. 1, Ziffer 3 RVO. wird ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes gezahlt. Es muß 50 Pf. täglich erreichen, wenn das Krankengeld etwa niedriger sein sollte. In der Zeit vor der Entbindung erhöht sich das Wochengeld jedoch auf ¼ des Grundlohnes, wenn die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt.

Gegen die Anwendung der Ruhensvorschrift des § 189, Abs. 1, RVO. auf das Wochengeld spricht auch sein zweiter Satz. Hier wird zwingend vorgeschrieben, daß für diejenigen Versicherten, die im Falle ihrer Erkrankung noch für eine bestimmte Zeit Arbeitsentgelt beziehen und daher keinen Anspruch auf Krankengeld haben, die Kassensatzung entweder die Beiträge entsprechend zu kürzen oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. zu erhöhen hat.

Daß das Stillgeld, das in seiner Höhe ebenfalls vom Krankengeld abhängig ist, von der Ruhensvorschrift des § 189, Abs. 1, RVO. ebenfalls nicht betroffen wird, ist erst recht selbstverständlich.

Das im § 199 RVO. vorgesehene Schwangerengeld, das die Kasse bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen denjenigen Schwangeren zahlt, die ihr mindestens sechs Monate angehören und infolge ihrer Schwangerschaft arbeitsunfähig sind, hat voll und ganz die Bedeutung des Krankengeldes.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß das Wochen-, Still- und Schwangerengeld einen über die Bedeutung des Krankengeldes hinausgehenden Zweck hat und daher auch zu zahlen ist, wenn die betreffende Versicherte arbeitet bzw. trotz Arbeitsunfähigkeit das Arbeitsentgelt weiter erhält.

### Frauenfragen.

Warum kommen so wenig Frauen in die Mitgliederversammlungen?

In sehr vielen Versammlungen macht der Versammlungsleiter die bedauerliche Feststellung, daß von den vielen weiblichen Mitgliedern gar keine oder nur sehr wenige erschienen sind. Nicht selten wird dann festgestellt, daß es eben daran liegt, daß unsere Frauen wenig für den Verband übrig hätten.

Da ist zunächst die Anknüpfung, daß alle zu der Versammlung auf Punkt 8 Uhr freundlich eingeladen sind. Aber wehe denen, die um 8 Uhr schon zur Stelle sind. Der Versammlungsraum ist noch leer, vom Vorstand selbstverständlich niemand anwesend, denn die Versammlung wird ja erst gegen 8 ¼ Uhr eröffnet, angeblich weil ja doch die Mitglieder nicht eher kommen.

Und doch ist eine Abhilfe so leicht, wenn die Versammlungen pünktlich eröffnet werden; die Säumigen werden sich das bald merken, und zur Freude aller kann dann eine solche Versammlung eine Stunde eher geschlossen werden.

Nun noch einige Wünsche zum Versammlungsraum. Leider müssen namentlich in kleinen Orten die Versammlungen in Gasthäusern stattfinden. Merkwürdigerweise werden solche Gaststätten dann Arbeiterlokale genannt.

Alle diese Dinge werden von uns Frauen kritisch betrachtet und führen dazu, daß diese und jene wegbleibt. Der Hinweis, es komme auf die Sache an und nicht auf äußerlichkeiten, ist immer ein Fehler, denn damit will man verbesserte Mängel beschönigen.

Dort, wo die neuen Gesetze und Verordnungen besprochen werden, wo Vorträge über Krankenkassen, Erwerbstätigenversicherung, Genossenschaftswesen und ähnliche Punkte auf der Tagesordnung stehen, werden die Frauen immer Anteil nehmen.

Wie freuen sich jetzt gerade alle Frauen, die allein stehen, daß der Verband eine Invalidenrente eingeführt hat. Gewiß denkt man in der Jugend nicht an so etwas, noch immer haben wir doch in vielen Fällen unsere Zukunft so vor Augen, daß nach einer Heirat die Fabrikarbeit aufhört.

Die Zahlstelle, die es

versteht, Frauenfragen zu behandeln, wird in unseren Kreisen sicher gute Erfahrungen machen.

Wir wollen nicht erlahmen in eifriger Mitarbeit, aber die Zahlstellenleitungen mögen an den hier angeführten Wünschen nicht achtlos vorübergehen. Wenn das Gesagte auch in vielen Zahlstellen zutreffen sollte, so ist es in manch anderen aber noch schlimmer. Luise Gampig.

### Die Sorgen der Besitzenden.

Nach den Ermittlungen des internationalen Arbeitsamtes schreien 14 bis 15 Millionen Erwerbslose nach Arbeit und deren Familienangehörigen nach Brot. Allein über drei Millionen Arbeitslose und deren Familien sehen in Deutschland mitummer und Sorge den kommenden kalten Wintermonaten entgegen und wissen nicht, wie sie sich gegen Kälte und Hunger schützen sollen.

Frieda Wallentin aber erläutert die Sorgen der besitzenden Klasse im „Hannoverschen Tageblatt“ folgendermaßen: „Unsere Beschäftigung, unsere Zerstreuung, kurz unsere moderne Existenz mit ihrem übertriebenen Rhythmus verlangen nicht nur eine vielfältige, sondern auch eine notwendige Abwechslung in der Mode. Die Einteilung der Kleidermode nach den Tageszeiten, für den Vormittag, Nachmittag und Abend, ist kaum noch aufrechtzuerhalten. Das Straßenkleid hat nichts mehr mit dem Sport gemein, dafür gibt es spezielle Sportmoden. Das Straßenkleid zerfällt in das Vormittags- und Nachmittags-Straßenkleid, und das Nachmittagskleid hat sich zu einem frühen Abendkleid gewandelt, das für jedes Programm angebracht erscheint: Kino, Theater, Restaurant, kurz überall da, wo keine größere Gesellschaft das größere Kleid verlangt.“

Während in den kommenden Wintermonaten Millionen von Arbeitslosen in zerschlossener Kleidung und zerrissenen Schuhen sich vor den Arbeitsämtern die Füße warm treten, hat die kapitalistische Gesellschaft Tanzsorgen.

Zur Behebung dieser Sorgen teilt Lilly Lenzberg den im Überflut lebenden deutschen Volksgenossen mit, daß auch in diesem Winter Slow-Fox, Quick-Fox, Tango und Midway-Rhythm sowie der englische Walzer die Tanzpaläste und die Festlichkeiten der Reichen beherrschen werden. Solz hebt sie im „Hannoverschen Tageblatt“ hervor, daß Tango der vornehmste Tanz sei, und da in Deutschland der Tango führend sei, so sei Deutschland das vornehmste Land der Welt. Daß in diesem vornehmsten Land der Welt zirka 10 Millionen Menschen vor dem Erkältungs- und Hungertode stehen, berührt weder Lilly Lenzberg noch die Tanzmutter der kapitalistischen Klasse. Gustav Stähler.

### Zur Erwerbslosigkeit der Frauen.

Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland hat — abgesehen von den Kriegsjahren — einen nie gekannten Umfang angenommen. Die ungeheure Wirtschaftsnote und das Streben der Frau nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit sind zwei Faktoren, die immer mehr Frauen und Mädchen veranlassen, Erwerb zu suchen. Viele Töchter des sogenannten Mittelstandes bevölkern heute ebenfalls den Arbeitsmarkt, da die Heiratsaussichten ungünstiger geworden sind sowohl durch den Frauenüberschuß wie auch durch die ungenügend gesicherte Existenzgrundlage für viele Männer im heiratsfähigen Alter. Viele schrecken vor der Gründung eines eigenen Hausstandes zurück, weil der Kampf ums Dasein dann meist noch schwerer wird und noch größere Verpflichtungen zu erfüllen sind. Wer nun glaubt, die jegliche Arbeitslosigkeit würde sich infolge der geringeren Bezahlung der Frauenerwerbsarbeit auf die Erwerbsfähigkeit der Frauen nicht so stark auswirken, der ist sehr im Irrtum. Wir haben heute auch eine industrielle Reservearmee des weiblichen Proletariats, mit der wir rechnen müssen, weil sich die Entwicklung nicht zurückdrehen läßt.

Anfang November waren 640 000 Frauen erwerbslos. Inzwischen ist die Zahl sicher noch größer geworden. Es ist noch nicht abzusehen, wann der höchste Grad erreicht sein wird. Die Kurve steigt noch immer. Wann wird sie sich wieder abwärts bewegen? Wann werden die mehr als 600 000 weiblichen Arbeitskräfte (natürlich auch die männlichen) wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden? Wann endlich hat das Dahinvegetieren sein Ende erreicht? Immer wieder fragt man so, obgleich die Verschärfung der Krise im Wesen und in der Gesetzmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung liegt. Immer wieder wird die Hoffnung auf Besserung durch die wachsende Zahl der Arbeitslosen gekämpft.

Ende September 1930 waren bei den Arbeitsämtern 3 067 185 arbeitssuchende Personen gemeldet, darunter 614 547 weibliche, wovon 605 311 gänzlich arbeitslos waren. Weibliche Hauptunterstützungsempfänger wurden gezählt: in der Arbeitslosenversicherung 305 958 und in der Krisenfürsorge 84 698, zusammen 390 656. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Hauptunterstützten betrug rund ein Fünftel. In den beiden Unterstützungsarten schieden als Hauptunterstützungsempfänger 223 891 weibliche Arbeitslose aus; sie waren entweder auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen oder bekamen überhaupt keine Unterstützung.

Auf Grund der neuen Bestimmungen in der Arbeitslosenversicherung sind von dem Bezug der Krisenunterstützung alle jugendlichen Personen unter 21 Jahren sowie Personen, die häusliche Dienste verrichten oder Angehörige der Berufsgruppe Landwirtschaft sind, ausgeschlossen.

Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützten war am stärksten in Sachsen mit 83 329 (davon 21 015 Krisenunterstützte), in Brandenburg mit 79 319 (davon 20 475 Krisenunterstützte) und im Rheinland mit 40 185, wovon 8364 Krisenunterstützte waren.

Wie verteilen sich die weiblichen Erwerbslosen auf die einzelnen Berufsgruppen? Das Spinnstoffgewerbe weist die Höchsthöhe der weiblichen Erwerbslosen auf, und zwar 95 319. Die Gruppe Lohnarbeit wechselt über Art stellt 92 244 weibliche Erwerbslose, die Gruppe „Häusliche Dienste“ 84 755, die Gruppe der kaufmännischen Angestellten 76 990. Im Bekleidungsgebiete sind 72 310, in der Metallindustrie 38 831 und in der Nahrungsmittelindustrie 30 503 weibliche Erwerbslose.

Auffallend hoch ist die Zahl der weiblichen Erwerbslosen in der Gruppe „Häusliche Dienste“. Man will natürlich in den sogenannten Herrschaftskreisen auch sparen. Und da fängt man beim Diensthofen an. An Stelle des Dienstmädchens nimmt man auch oft eine „Hauskocher“ an, zur „Erlernung des Haushaltes“. Das ist billiger. Bestenfalls erhält diese Hauskocher Taschengeld. Oft aber müssen die Eltern der sogenannten Hauskocher noch monatlich eine Summe draufzahlen. Und die Diensthofen, die sehr oft mit ihrer Stellung auch das Dach über dem Kopfe verlieren, erhalten dann nach Ablauf ihrer geringen Arbeitslosenunterstützung noch nicht einmal Krisenunterstützung. Schlimm ist das, sehr schlimm!

Und wie ist es mit den erwerbslosen Industriearbeiterinnen? Die verheiratete Arbeiterin erhält nur dann die volle Unterstützung, wenn der Verdienst des Ehegatten die Summe von 35 Mark wöchentlich nicht übersteigt. Der Verdienst, der über 35 Mark liegt, wird auf die Unterstützung angerechnet. Aber auch die erwerbslose ledige Arbeiterin hat schwer um ihr bescheidenes Dasein zu kämpfen. Ist sie schon ganz allgemein durch die geringere Unterstützungssumme, die ihr auf Grund des geringeren Verdienstes gewährt wird, mehr im Nachteil als der erwerbslose ledige Mann, so trifft dies als eine besondere Härte in die Erscheinung für das Mädchen, das allein steht und nicht im Elternhause wohnen kann. In vielen Fällen trifft es nämlich gar nicht zu, daß das Mädchen billiger leben könnte als der junge Mann, weil es seine Wäsche selbst waschen und die Mahlzeiten selbst zubereiten könnte, wie vielfach behauptet wird. Das Mädchen darf gar nicht überall waschen und kochen. Dort, wo die Logiswirtin dies gestattet, erwachsen so viel Sonderausgaben, daß das Mädchen dabei keine Vorteile hat. Soweit das erwerbslose Mädchen im Elternhause wohnt und der Vater noch seinen Verdienst hat, mag es noch einige Zeit gut gehen.

### Gegen die Unerfättlichen.

... Sollen wir Gesetze machen, um diejenigen, die ein paar Schillinge unseres Eigentums entwenden oder irgendeines unserer Haustiere oder auch nur ein heranwachsendes Bäumchen beschädigen, einzukerkern, zu deportieren oder zum Tode zu verurteilen, und keine Gesetze machen, um diejenigen, deren Gewinnsucht sonst nicht einzuschränken ist, darin einzuschränken, von ihr getrieben, Millionen unserer Mitgeschöpfe ihrer Gesundheit, ihrer Zeit für die Erwerbung von Kenntnissen und zukünftiger Verbesserung, ihrer sozialen Annehmlichkeiten und jeglichen vernünftigen Vergnügens zu berauben? Robert Owen.

Aber wenn es mit der Arbeitslosigkeit zu lange dauert, die Arbeitslosenunterstützung abgelaufen ist und Krisenunterstützung nicht in Kraft tritt, dann wird es auch für dieses Mädchen unerträglich. Es fühlt sich zu Hause nur geduldet. Erbitterung und Verflimmung erfasst diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie sind schwer für die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung zu interessieren. Und doch bedarf es zur Besserung und Umgestaltung dieser Verhältnisse der geschlossenen Macht der Arbeiterklasse. Sorgen wir alle dafür, daß genügend Aufklärung in die Reihen der Frauen getragen wird, damit sie immer an der Seite der Arbeiter stehen und Arbeiterrechte und Arbeiterforderungen verteidigen. Die gewerkschaftlich organisierte Kollegin hat die wichtige Aufgabe, im Betrieb für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß und die solidarische Haltung aller weiblichen Beschäftigten zu wirken, damit die gewerkschaftliche Kampfkraft gestärkt wird. Das aber müssen die männlichen Beteiligten um so mehr beachten, weil sie doch auch nicht wollen, daß die billige Frauenerwerbsarbeit zur lästigen Konkurrenz wird. U. 3.

### Wirtschaftliches.

#### Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau.

Am 17. November trafen die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Ufa-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schilderten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführten Preisermäßigungen und wiesen auf die steuerlichen und gesetzlichen Hemmungen hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbauaktion zur Zeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit biete, weitere Preisenkungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verschärften Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

#### Weshalb Lohnabbau?

Das Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die Verbilligung der Produktion durch die Rationalisierung und die damit verbundene Einschränkung im Bestand der Arbeiter und Angestellten sprechen für eine Senkung der Preise. Andererseits ist wiederum der Absatz im In- und Ausland infolge der Arbeitslosigkeit zurückgegangen, so daß sich der Absatz verringerte. Anstatt nun durch eine Senkung des Preisniveaus, die durchaus möglich ist, die mündelbemittelten Schichten als Abnehmer zu behalten und dadurch den Absatz annähernd auf der alten Höhe zu lassen, geht die Preispolitik des Unternehmertums darauf hin, die Verluste, die durch den

zurückgehenden Umsatz entstehen, durch Preisgewinn am einzelnen Stück auszugleichen. Weniger Umsatz und höherer Verdienst an der einzelnen Ware ist die Devise, die absolut abzulehnen ist. Es gilt, diese Preisversteifung entschieden zu brechen, ehe an eine wirkliche Besserung der Zustände zu denken ist. Diese Preisversteifung findet sich nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch bei den öffentlichen Betrieben, wie etwa der Reichsbahn. Sineu kommt, daß der deutsche Reallohn entgegengegesetzt den Behauptungen des Unternehmertums über 30 Prozent tiefer liegt als der englische.

Professor Dr. Eduard Heimann (Hamburg).

### Zehn Millionen leiden unter der Arbeitslosigkeit.

Am 31. Oktober waren bei den deutschen Arbeitsämtern 3 253 000 Arbeitslose als beschäftigungslos eingetragen. Im Monat Oktober hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 250 000 erhöht. 3 1/4 Millionen Arbeitslose machen mit ihren Familien rund 10 Millionen Menschen aus. Dazu treten noch 1,8 Millionen Kurzarbeiter und sonstige, die durch die ungeheure Wirtschaftskrise geschädigt werden. In diesen Zahlen drückt sich die Sinkflug der Verzeiwung aus, deren Steigen noch keineswegs beendet ist. Dieser außerordentlichen Belastung tritt das arbeitende Volk Deutschlands in den Winter ein.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Gefahren für die Invalidenversicherung.

In der am 25. und 26. September d. J. tagenden Vollversammlung des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten ist folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten hat mit großer Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß die Beitragsentnahmen der Träger der Invalidenversicherung infolge des schweren Niederganges des Wirtschaftslebens und der gewaltigen Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise zurückgegangen sind. Die Beitragsentnahmen sind nicht nur erheblich hinter den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums zurückgeblieben, sie reichen vielmehr wider alles Erwarten bei vielen Anstalten schon im Jahre 1930 nicht mehr zur Deckung der Rentenlasten, der Kosten der Gesundheitsfürsorge und der sonstigen laufenden Verpflichtungen aus. Die so geschaffene Finanzlage ist dadurch erheblich verschärft, daß die Linsen aus der Novelle vom 12. Juli 1929 sich wesentlich höher gestellt haben, als der Reichstag angenommen hatte, daß andererseits die besonderen Zuwendungen an die Invalidenversicherung aus Reichsmitteln (sogenannte Ex-Brüning) diese Mehrkosten bei weitem nicht decken, auch wesentlich in ihren tatsächlichen Erträgen hinter den Schätzungen zurückgeblieben sind, ja, die Ex-Brüning künftig überhaupt keinerlei Einnahmen für die Invalidenversicherung mehr hergeben wird, ferner daß durch Gesetz die Anteile der Invalidenversicherung an den Zeiteinnahmen von 40 Millionen Mark um die Hälfte jährlich herabgesetzt sind und daß schließlich die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Abschnitt 6 § 4) den Trägern der Invalidenversicherung neue Lasten (Postgebühren) in Höhe von rund 18 Millionen Mark jährlich aufgebürdet hat. Sollen die derzeitigen geschätzten Leistungen der Invalidenversicherung und ihre segensreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge aufrechterhalten bleiben, so ist die baldige Zuführung von neuen Einnahmemitteln unbedingt geboten.“

#### Neue Belastung der Invalidenversicherung.

In der am 25. und 26. September d. J. tagenden Vollversammlung des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten ist folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten erhebt gegen die Belastung der Träger der Invalidenversicherung mit der Reichspostvergütung für Rentenauszahlungen und Verkauf der Invalidenmarken, wie sie durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Abschn. 6 § 4) angeordnet ist, einstimmig und entschieden Protest.“

Diese Maßnahme stellt einen Bruch der seit Einrichtung der Invalidenversicherung, mithin seit 40 Jahren, bestehenden Ordnung dar, wonach die Invalidenversicherung wegen ihrer allgemein öffentlich-rechtlichen Bedeutung unter der Mithilfe des Reiches aufgebaut ist. Sie trifft mithin die Invalidenversicherung sachlich unbedeutend. Sie trifft die Invalidenversicherung um so schwerer, als sie sich in einer Zeit des durch Gesetz und Wirtschaftslage bedingten vorzeitigen finanziellen Niederganges befindet.

Der Verbandstag verlangt, daß diese Kosten nach wie vor vom Reiche getragen werden.“

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Eigentümliche Argumentation Stegerwalds.

Der Reichsarbeitsminister hat in einem Vortrag über Lohnpolitik und -gestaltung, den er dieser Tage bei der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln hielt, mit sehr merkwürdigen Argumenten die Lohnabbaupolitik der Reichsregierung zu rechtfertigen versucht. Er erklärte nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“, die Lebenshaltungsmesszahl sei von 153 auf 145 gesunken und werde in Auswirkung der Regierungsmaßnahmen noch weiter sinken. Das vorläufige Zurückgehen um acht Punkte bedeute eine Steigerung der Lohnhöhe um 5 v. H. Es sei daher kein Anlaß gegeben, gleich mit revolutionären Bewegungen zu drohen, wenn die Regierung eine Lohnsenkung um 6 v. H. antrage. — Der Reichsarbeitsminister überließ, daß die Arbeiterschaft während der Krise bereits einen sehr empfindlichen Verdienstverlust zu verzeichnen hatte, bevor die Lohnabbauabschiedsprüfung gefällt worden sind. Dieser Verdienstverlust wird auf etwa 8 Prozent beziffert. Es kann also keine Rede davon sein, daß der neue Lohnabbau bereits durch das Sinken der Lebenshaltungsmesszahl sozusagen wettgemacht ist. Außerdem: Der Reichsarbeitsminister hat tatsächlich die Macht, den Lebensstandard der Arbeiterfamilien herabzudrücken. Hat er auch die Macht, den Lebensstandard der Besitzenden herabzudrücken? Nein, er kann ihn nur erhöhen.

#### Kirchenvorstand gegen freigeordnete Arbeiter.

Aus Peine wird berichtet: Die katholische Gemeinde hat hier ein ihr gehöriges Gebäude in eine Kirche umwandeln lassen. Der Kirchenvorstand hat den Maurermeister Kappe gezwungen, seine tüchtigsten Maurer von der Baustelle zu entfernen, weil sie freigeordnet waren. Deshalb: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Augsburg.** Otto Händel 70 Jahre. Am 21. November 1930 war Kollege Otto Händel im Augsburg 70 Jahre alt. Mit dem Namen Otto Händel ist die Zahlstelle Augsburg verbunden. War er doch ihr erster besoldeter Angestellter und leitete als solcher zwei Jahrzehnte hindurch die Zahlstelle. Im Jahre 1926 ging er zwar in Pension, doch wurde er immer in der Generalversammlung einflussig zum ersten Vorsitzenden gewählt, und er hat dieses Amt auch heute noch inne. Mit seltener Frische und mit Eifer kämpft er trotz seiner 70 Jahre noch für seine Zahlstelle, für die Gewerkschaft und für den Sozialismus. Wir hoffen und wünschen, daß unser Kollege Otto noch recht lange in geistiger und körperlicher Frische uns erhalten bleibt und beglückwünschen ihn herzlich zu seinem 70. Wiegenfeste.

**Güstrow (Mecklenburg).** Am Sonnabend, dem 8. November, konnte unsere Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit der Ehrung der Jubilare, feiern. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Musikstück der städtischen Kapelle. Hierauf begrüßte der zweite Bevollmächtigte, Kollege E. Wegner, die Verbändskolleginnen und -kollegen sowie die erschienenen Festgäste. Herzliche Worte widmete Kollege Wegner dem Kollegen Wiesenhütter, der als junger Gewerkschafter 1905 die Zahlstelle gegründet hat. Des weiteren gedachte er der Kollegen Karow und Lütke, die als Bezirksleiter im Bezirk Mecklenburg verdienstvoll tätig gewesen sind. Letzterer mußte leider im vergangenen Jahre wegen Krankheit nur allzufrüh als aktiver Kämpfer aus unseren Reihen scheiden. Kollegin Elise Saase trug einen der Feier entsprechenden Vortrag vor. Kollege Wiesenhütter überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes, der Gau- und Bezirksleitung. In seiner Festansprache betonte er, daß im Jahre 1905, als sich 20 vom Organisationsgedanken besessene Kollegen die Hand zur Gründung einer Zahlstelle reichten, die Zeiten andere gewesen seien als heute. War doch im Gegensatz zu Preußen in Mecklenburg die Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation besonders schwierig, weil hier ein besonderes Vereins- und Versammlungs-gesetz bestand. Und trotzdem hat sich die Zahlstelle Güstrow des Verbandes der Fabrikarbeiter durchgesetzt und ist eine starke, achtunggebietende Organisation geworden, die vom Wegner geführt wird. Dann ehrte Kollege Wiesenhütter die Jubilare und überreichte die vom Hauptvorstand gewidmeten Ehrenurkunden sowie die Zeitschrift: „40 Jahre Kampf des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.“ Die Jubilare sind folgende Kollegen: Ohde, Pischewski, Randons, Keding, Krohn, Holz und Röhl. Besonderer Dank wurde dem Kollegen Ohde zuteil, der bei Ausbruch des Krieges 1914, als die Zahlstelle zusammenzubrechen drohte, den Posten eines ersten Bevollmächtigten übernahm und als solcher die Zahlstelle heute noch leitet. In weiteren Worten ermahnte Kollege Wiesenhütter die jüngeren Kolleginnen und Kollegen, sich die Jubilare als Vorbild dienen zu lassen und an dem weiteren Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten. Aufrichtiger Beifall lohnte dem Redner für seine Festansprache, die er in ein Hoch auf den Fabrikarbeiter-Verband ausklingen ließ. Die Aufführung des Schauspiels: „Ein Opfer des Kapitals“, welches von Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle aufgeführt wurde, paßte sich dem Rahmen der Feier würdig an. Ein Langränzchen beendete die gut verlaufene Jubiläumsfeier. Arthur Krüger.

**Salzgitter.** In einer am 16. November in Wacha abgehaltenen Konferenz, besetzt von 75 Delegierten aus dem Verratsale, nahmen die Vertrauensleute aus der Kaliindustrie Stellung zur Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens. In der Ansprache kam zum Ausdruck, daß die Kaliarbeiter besonders mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im hiesigen Bezirk verlangen, daß die Arbeitszeit ganz erheblich verkürzt wird. In einer Entschließung erklärte sich die Konferenz mit den Beschlüssen der Kaliarbeiterkonferenz in Halle einverstanden. Den Kreis unserer Mitgliedschaft durch dauernde und kraftvolle Werbung zu erweitern, so die Kampfkraft zu stärken, das soll unsere nächste Aufgabe sein. Die Versammlung nahm hierauf einen sehr instruktiven Vortrag des Kollegen Salomo entgegen.

**Wittenberg.** Am Sonntag, dem 9. November, hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Kollege Franz gab den Kassenbericht. Einnahmen und Ausgaben der Haupt- und Lokalkasse betragen rund 30 000 Mk. Der Mitgliederstand ist etwas gesunken. Anschließend gab Fessel seinen Bericht. Die Industrie der Steine und Erden ist bis auf einen Betrieb, welcher gegenwärtig streiklos verfährt, von den früher circa 800 Personen sind noch rund 50 Personen beschäftigt. In den übrigen Branchen arbeiten nur ein Betrieb voll, während die übrigen Betriebe kurz arbeiten. Wir haben im Kreise gegenwärtig rundgerechnet 3000 Arbeitslose und über 2000 Kurzarbeiter, bei einer früheren Arbeiterzahl des Kreises von rund 12 000 Personen beiderlei Geschlechts. Zu verurteilen ist die Geharbeit der KPD und der AGO gegen die Gewerkschaften. Fessel brachte einen Antrag ein, der besagte, daß der Beschluß der Verlegung der Büroräume nach dem Gewerkschaftshaus vorläufig ausgesetzt werden sollte. Jedenfalls war aus der Begründung zu ersehen, daß unter solchen Umständen, wie sie sich in letzter Zeit in den Versammlungen abgespielt haben, keine ersprießliche Arbeit in diesem Hause geleistet werden kann. Es kann leicht vorkommen, daß durch Sprengung gegnerischer Elemente eines Tages auch die Büroräume der freigewerkschaftlichen Arbeiter gefährdet werden. Auch hat der Kartellvorstand und die Gewerkschaft gar kein Interesse daran, solchen Zerwürfen ein Heim zu bieten. Es wurde ein Beschluß angenommen, daß die erweiterte Ortsverwaltung über den Umzug entscheiden soll. Nun wurde eine Resolution eingebracht, welche sich mit der Million Mark des AGO, an die SPD zum Wahlkampf beschäftigte. Der Vorsitzende lehnte eine Abstimmung ab, denn die Form und auch der Inhalt sei für die freien Gewerkschaften verwerflich. Es erfolgte Proteste. Ein Antrag, die Resolution zur Debatte zuzulassen, wurde angenommen. Nach der Debatte erfolgte Fortsetzung der Tagesordnung. Kollege Wessel bekehrte sich wegen Nicht-zugang des Kartellvorstandes der Bayerischen Glanzstoffwerke, Fessel, Krüger und Wassenauer wiesen auf die Abmachung, die Wessel als früherer Betriebsrat gemacht, mit der Berücksichtigung hin. Jedenfalls hätte die Geschäftsstelle keine Ursache, einem Kollegen die Vertrauensamnerkennung zu entziehen, weil derselbe schon lange Jahre bestanden hätte. Kollege Franz stellt es Kollegen Wessel abhandeln, sich für oder wider die freien Gewerkschaften zu entscheiden. Wessel lehnt eine Erklärung darüber ab. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

### Rundschau.

#### Kurztes für Berufsschullehrer.

Der Reichsanzschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranfaßt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands vom 14. bis 20. Dezember im Haus des Volkes in Probstzelle einen Kursus für Berufsschullehrer mit folgendem Programm:

1. Bildungselemente des Berufs und die heutige Berufsschule. (Referent: Prof. Geiger, Braunschweig)
2. Berufsbildung der ungelerten Arbeiter. (Referenten: Dr. Adelheid Forstner und Joh. Schall, beide Hamburg.)

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang November 1930.

Die Wirtschaftskrise hat im Oktober eine weitere Verschärfung erfahren; die Zahl der Arbeitslosen ist noch erheblich gestiegen. Nach der amtlichen Statistik der Arbeitsnachweise waren am 30. September 3 067 185 Arbeitsuchende vorhanden, hingegen am 31. Oktober 1930 3 323 000, also etwa 260 000 mehr als am Ende des Vormonats. Die Steigerung in dem gleichen Monat des Vorjahres betrug 225 000, war also in diesem Jahre noch wesentlich höher. Insgesamt lag die Zahl der Arbeitsuchenden am 31. Oktober 1930 um etwa 1 600 000 höher, also um das Doppelte, als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Zahl der Unterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung beträgt 1 541 000, während 511 000 auf die Krisenunterstützten entfallen. Von den übrigen 1 200 000 Arbeitslosen wird der größte Teil von den Gemeinden unterstüzt; ein Teil jedoch bezieht Unterstützung irgendwelcher Art nicht.

Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die industrielle Produktion in den letzten Monaten erneut stark zurückgegangen. Die Indexzahl der Produktion wichtiger Industriezweige sank von 95,8 (1928 = 100) im April — dem Höhepunkt im laufenden Jahre — auf 81,6 im September. Sie liegt damit etwa 20 v. H. unter Vorjahreshöhe. Gegenüber dem Höhepunkt im Juni 1929 ist die industrielle Produktion um schätzungsweise ein Viertel gesunken. Zu dem Rückgang in den letzten Monaten haben alle wichtigen Zweige beigetragen; besonders ausgeprägt ist aber nach wie vor die Verminderung der Produktionsgütererzeugung.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes weist für Ende Oktober ebenfalls eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes für unsere Mitglieder nach. Insgesamt wurden von der Arbeitslosenstatistik 347 228 männliche, 91 798 weibliche, insgesamt 439 017 Mitglieder erfasst, das sind etwa 97 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Davon waren insgesamt 107 567 oder 24,5 v. H. arbeitslos, 66 593 oder 15,1 v. H. arbeitslos verkürzt. Im Vormonat war die Verhältniszahl 22,5 v. H. Arbeitslose und ebenfalls 15,1 v. H. Kurzarbeiter. Die Kurzarbeiter umgerechnet in Vollbeschäftigte, waren Ende Oktober nur 70,4 Mitglieder voll beschäftigt, gegenüber 87,2 v. H. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

1930	Ende September			Ende Oktober		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	22,8	21,3	22,5	25,0	22,5	24,5
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	16,0	19,7	16,8	17,7	20,3	18,3
Papier	13,2	15,8	13,7	14,2	16,7	14,7
Nahrungsmittel	16,1	25,2	18,4	11,5	25,2	14,7
Spielwaren, Blumen und so weiter	33,5	28,9	30,9	30,0	26,8	28,2
Sonstige Industrien	33,5	24,2	31,0	36,6	25,1	33,5
Keramischer Bund insgesamt	31,0	23,2	29,6	35,5	25,7	33,7
a) Porzellan	22,7	18,0	20,9	24,0	19,1	22,2
b) Glas	29,7	25,1	29,0	31,1	27,5	30,2
c) Grobkeramik usw.	34,5	30,8	34,1	41,9	38,1	41,5

arbeiteten verkürzt:

1930	Ende September			Ende Oktober		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	14,0	19,8	15,1	14,5	17,4	15,1
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	16,0	22,8	17,4	17,1	22,6	18,3
Papier	24,5	29,4	25,5	24,4	27,1	25,0
Nahrungsmittel	3,8	1,5	3,2	7,0	2,4	5,9
Spielwaren, Blumen und so weiter	21,6	26,8	24,5	16,7	21,0	19,1
Sonstige Industrien	7,1	8,2	7,4	6,5	8,1	7,0
Keramischer Bund insgesamt	13,5	17,5	14,2	13,1	15,8	13,6
a) Porzellan	31,6	26,8	29,7	27,7	24,7	26,6
b) Glas	7,1	9,6	7,5	9,4	8,2	8,4
c) Grobkeramik usw.	11,0	7,4	10,6	10,8	5,6	10,2

Im letzten Monat weisen fast alle Industriezweige unseres Verbandes rückgängige Beschäftigung auf. Eine Ausnahme machen nur die Nahrungsmittel- und die Spielwarenindustrie, beide infolge saisonüblicher Verstärkung des Arbeitsmarktes. In der Baustoffindustrie, die, obwohl Saisonindustrie, das ganze Jahr hindurch sehr schlecht beschäftigt war, haben die üblichen Stilllegungen und Betriebseinschränkungen in diesem Jahre sehr frühzeitig eingesetzt. Daß die Kurzarbeit nicht weiter gestiegen, in einigen Industriezweigen sogar zurückgegangen ist, dürfte mehr eine zufällige Erscheinung sein.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit hat den ungünstigsten Beschäftigungsgrad der Bezirk Ostpreußen mit 33,3 v. H. Arbeitslosen und Rheinhessen und Hessen-Nassau mit 29,3 v. H. In beiden Fällen ist es die Baustoffindustrie, die besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen ist.

### Empor zum Licht!

Das Maß von Bildung, das sich viele von den denksicheren Arbeitern trotz mangelhaftester Schulunterrichts und fast nie abbrechender Nahrungssorge noch spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet der Eintritt in die Gedankenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt. Sie werden mit einem Male aus ihrer trostlosen geistigen Isoliertheit in ihrem dumpfen vegetativen Dasein emporgerissen und zum Nachdenken über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gezwungen. Sie erkennen sich selbst als ein Glied an einer großen Kette, ihr Schicksal als die Wirkung von Ursachen, die fast das ganze menschliche Getriebe beherrschen.

Prof. Bacher

(in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“).

### 3. Rationelle Gestaltung des Berufsschulwesens und die heutige Wirtschaftslage. (Refer.: Prof. Anna Siemsen.)

Die näheren Bedingungen sind durch den Reichsanzschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu erfahren, an den auch die Anmeldungen zu richten sind.

### Die bürokratischen Röllmöpfe.

Hitler will bekanntlich die Köpfe rollen lassen. So hat er vor Gericht selbst erklärt. Die ganze zivilisierte Menschheit der Welt hat gelacht, ausgenommen die Hohlköpfe. Aber Hitler will nicht allein das Schlechterhandwerk ausüben, sein Freund, Fürst Starbemberg in Österreich, gehört auch zu den Röllmöpfen. Er hat in einer Wahlrede angeführt, daß in Wien eine Besserung nicht eintreten könnte, solange nicht der Kopf des sozialdemokratischen Stadtrats Breifner — der wegen seiner sozialen Steuerpolitik bei den besitzenden Schichten sehr unbeliebt ist — in den Sand rollen würde.

Der sozialdemokratische Führer, Staatskanzler a. D. Karl Renner, gab den Innenminister Fürst Starbemberg in einer Rede mit folgenden Worten der verdienten Lächerlichkeit preis: „Herr Starbemberg und seine Leute mögen nicht glauben, daß wir so grausam sind wie sie. Wir werden seinen Kopf nicht in den Sand rollen lassen. Wohl aber werden wir seinen Kopf seinem engeren oberösterreichischen Landsmann Zeileis zur Bestrafung überlassen. Vielleicht gelingt es, das kranke Gehirn zu heilen und dem armen Mann die Zwangsjacke zu erparen.“

### Kommunistische Parteien im Lichte der Statistik.

(AGD.) Die „Pravda“ vom 25. Oktober veröffentlicht auf Grund der Materialien der Kommintern eine Reihe von Angaben über die Mitgliederbewegung der kommunistischen Parteien von Mitte 1928 (Tagung des 6. Weltkongresses der Kommintern) bis Februar 1930. Danach zählten die einzelnen kommunistischen Landesparteien Mitglieder:

	1928	1930
Deutschland	121 729	124 000
Tschechoslowakei	150 000	25 500
Frankreich	52 375	35 240
England	9 900	3 200
Belgien		
Österreich	6 250	500
USA	?	2 335

Seht man bei den Vereinigten Staaten die Zahlen von 1930 ein (weil für 1928 Angaben fehlen), dann ergibt sich für die genannten Staaten eine Gesamtzahl von 344 490 oder von 1928 bis 1930 ein Rückgang von 134 665 gleich 39,91 Prozent.

Die kommunistischen Parteien haben Anweisung aus Moskau, in allen Ländern erneute Anstrengungen zu machen, um die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören. Aber die Moskauer werden auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen, denn der Esel geht nur einmal aufs Eis, d. h. selbst die Raufsteine fallen nicht mehr herein wie im Jahre 1923.

### Verbandsnachrichten.

#### Adressenänderung Gau 12.

Die Telephonnummer ist nicht 462 842, sondern 62 842.

#### „Oswiata“, „L'Operaio Italiano“, „Mitteilungsblatt B“.

Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder, die noch einige Nummern der obengenannten polnischen und italienischen Gewerkschaftszeitungen aus der Vorkriegszeit besitzen, werden gebeten, diese Zeitungen an die Redaktion des „Proletariats“ einzusenden bzw. sie der Redaktion zu überlassen. Desgleichen wird die Zusendung des „Mitteilungsblattes B“ erbeten, soweit noch einige Nummern vorhanden sind. Das „Mitteilungsblatt B“ wurde an die Zahlstellen in den Gauen 12, 13, 14 und 16 geliefert als Ersatz für den „Proletarier“, den die Franzosen für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1923 in den besetzten Gebieten nicht zuließen. Also nur die Mitgliedschaft dieser Gebietsstelle kann evtl. noch im Besitze des „Mitteilungsblattes B“ sein.

### Literarisches.

Dr. Max Adler: Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung (Soziologie des Marxismus). 1. Band: Allgemeine Grundlegung. 236 Seiten. Großklober, kartoniert 4 Mk., Leinen 5,75 Mk., Org.-Ausgabe 4,25 Mk. C. Kaubische Verlagshandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Von diesem Werk des bekannten marxistischen Soziologen liegt jetzt der erste Band vor, der zweite Band wird im März 1931 erscheinen. Der Verfasser zeigt, wie der eigentliche Sinn des Marxismus in der Begründung soziologischer Erkenntnisse liegt und stellt die materialistische Geschichtsauffassung als die konsequenteste und höchstentwickelteste Form der Soziologie dar. Das Buch führt diese theoretische Grundlegung durch genaue und klare Anwendung des Marxismus von jeder Art Philosophie und Metaphysik einseitig, wie politische Theorie und gar nur Parteilehre andererseits durch. Dieses Buch ist leichtverständlich und von eindringlicher Klarheit. Insbesondere wird die sozialistische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit dieses Buch als einen unentbehrlichen Helfer für ihre Zwecke begrüßen.

Einlebek Anno 17 von Peter Riß. Fackelverlag, Hamburg-Bergedorf. Preis karton. 6 Mk., geb. 8 Mk. Dieses Buch ist sicher eins der stärksten Kriegsbücher. Klar und deutlich in seiner Lebensführung, wahr bis ins letzte Wort, lauter in der Sprache, ist das Buch ein Bollwerk gegen lächerliche Kriegsrhetorik, ein Denkmal der amüsanten Kränklichkeit, der Unkenntnis und Ungezogenheit im Nimmensdank, Schamlosigkeit. Es ist ein Kriegsbuch, welches noch gelehrten werden mußte angesichts der Tatsache, daß die Kriegsheer im Lande sich schon wieder gebildet haben und in Wort und Schrift unklare Jagd nach geistigen Beweisen und in solche Romantik lauten.

Fritz Rosenfeld: Die goldene Galere. Ein Roman aus der Filmindustrie. Umfang 320 Seiten, kartoniert 3,40 Mk., Leinen 4,80 Mk. C. Kaubische Verlagshandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Fritz Rosenfeld zeigt zum erstenmal das soziale Gesicht der Filmindustrie. Er zeigt, wie das Geschäft über den Welt triumphiert, die einträgliche Methode über die Kunst. Er versucht anzudeuten, wie diese Filmindustrie in den geistigen Machtapparat der herrschenden Klasse eingebaut ist, wie sie die ungeheure Eindringlichkeit des Films als kapitalistische Gesellschaftsordnung verwendet. Das Buch von Fritz Rosenfeld erfüllt eine wichtige Aufgabe auf einem Gebiet, das leider immer noch zu wenig beachtet wird: auf dem Gebiet der Aufklärung der proletarischen Massen über das wahre Gesicht des kapitalistischen Films.

Bessere Arbeitsbedingungen für unsere Arbeitnehmer! Wie verbessern wir das Los der Arbeitnehmer? von Ingenieur Jul. S. West. Doktor der Staatswissenschaft h. c., 1929. W. Kohlhammer, Stuttgart, Gießen und D. 5, 166 Seiten, 2 Mk. Der Verfasser räumt aus vor, daß wir der richtigen wirtschaftlichen Vorgehen ohne weiteres die Möglichkeit haben, die materialistische Bedürfnisse der Arbeitnehmer zweimal, dreimal, viermal so reichlich und so gut zu befriedigen wie bisher. Es ist ein Buch, das jeden von uns angeht, und dessen weitestgehende Verbreitung in allen Schichten unseres Volkes nur zu wünschen ist.

Der Ausweg aus der Krise. Von Ernst Wilhelm Neumann. Grundriss-Verlag, Berlin N 113, 45 Seiten. Preis 30 Pf. Die Schrift gibt eine lebendige Darstellung der kapitalistischen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland und erörtert den Ausweg aus der Krise in der völligen Abkehr von den bürgerlichen Anschauungen der bestehenden Klassen.

Ratgeber für die Krankenkassenorganisation von Arthur Ebert, Leipzig. Heft 3 von Eberts Schlußbüchern. 10. Auflage (36. bis 40. Kaufjahr). Verlag Friedrich A. Wobbel, Leipzig C 1. Königstraße 26 B. Einzelpreis 20 Pf., bei Partidebestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Tagelöhnervereinsgesetz von Rudolf Peters, Leipzig. Heft 12 von Eberts Schlußbüchern. 1. Auflage. Verlag Friedrich A. Wobbel, Leipzig C 1. Königstraße 26 B. Einzelpreis 1,10 Mk., bei Partidebestellungen von 5 Stück an Ermäßigungen.

## Chemische Industrie

### Arbeitszeitverkürzung im Leunawerk?

Das Leunawerk brachte folgende Bekanntmachung heraus, wozu der Betriebsrat in der Sitzung vom 18. November Stellung nahm:

#### Bekanntmachung.

Um Entlassungen zu vermeiden sowie wegen des saisonmäßigen Charakters einiger Betriebe haben wir uns entschlossen, mit Wirkung vom Montag, dem 24. November 1930, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in folgenden Betrieben zu verkürzen:

1. Maschinen-technische Abteilung: Haupt-schlosserei I-IV, Dreherei I-III, Eisenkonstruktion, Kessel- und Rohr schmiede, Spenglerei und Magazin, Feuerschmiede, Betriebs-schlosserei, Rohrreue und Magazin, Elektrobetrieb, Betriebs-kontrolle, Materialprüfung, Betriebs-schlosserei Me 33/338, Me 137 (soweit Teile davon nicht für die Verschmelzung und Vergasung arbeiten), Me 29, Me 39/346/156, Me 243, Me 101, Me 824, Betriebs-schlossereien Energie, Lokomotiv- und Wagen-Reparaturwerkstätte.

2. Bautechnische Abteilung: Zimmerei, Tiefbau, Gärtnerei, Eisenbahnbaubetrieb, Hochbaubetriebe, Holzwerkstätte, Holzlagerplatz und Materiallager, Malerei- und Siedlungs-baubetrieb.

3. Sonstige Betriebe: Versandbetriebe, Hofkolonnen-, Elektrokarren-, Güterhallen-, Verriegelungs- und Kranbetrieb, Buchdruckerei und Buchbinderei, Schneiderei.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit kommen nur Tages- und Doppelschichtbetriebe in Betracht. Sie wird in der Weise vorgenommen, daß täglich ein Sechstel der Belegschaft ausfällt. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt und wir uns vorbehalten, jederzeit zu einer längeren Arbeitszeit zurückzukehren.

Jeder Arbeiter hat nur Anspruch auf Bezahlung der tatsächlich von ihm geleisteten Arbeitsstunden.

Wer am 24. November 1930 bzw. in der ersten für ihn in Betracht kommenden Schicht nach der Neuordnung die Arbeit aufnimmt, hat sein Einverständnis mit dieser Neuordnung erklärt. Leuna-Werke, den 18. November 1930. Die Direktion.

#### Der Beschluß des Betriebsrats in dieser Sache lautet:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wird abgelehnt, weil

- 1. Neueinstellungen von Erwerbslosen nicht erfolgen;
- 2. der Lohnausgleich nicht gewährt wird;
- 3. eine bindende Erklärung, daß weiterhin Entlassungen nicht mehr durchgeführt werden, nicht gegeben wurde.“

Am 19. November nahm eine gut besuchte Funktionär-sitzung aller freien Gewerkschaften des Leunawerks in Merseburg zu der Bekanntmachung der Werksleitung Stellung. Nach einleitenden Worten des Gauleiters, Kollegen Schneider, und des Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Walter, folgte eine ausgiebige Aussprache.

Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 19. November 1930 in Merseburg im Livoli tagende große Vertrauensmännerkonferenz der Leuna-Belegschaft stellt sich einmütig hinter den Beschluß des Betriebsrats vom 18. November 1930 in der Frage der Arbeitszeit.“

Die Versammlung begrüßt insbesondere die Einmütigkeit des Betriebsrats, mit der dieser Beschluß gefaßt wurde. Ebenso begrüßt die Versammlung das Vorgehen des Betriebsrats, welches darauf hinausläuft, für alle Werksangehörigen einen Zuschuß in Form des Wohnungsgeldes zu erreichen. Schließlich bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß die Maßnahmen der Werksleitung und das Vorgehen der J.-G.-Unternehmer als ein Akt rückwärtsloser Unternehmerwillkür bezeichnet werden muß.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre erklären namens der organisierten Arbeiterschaft, daß sie nicht gewillt sind, die ständig gesteigerte Ausbeutung sich gefallen zu lassen. Sie fordern deshalb alle Arbeiter auf, durch ihre Organisierung in den freien Gewerkschaften zu zeigen, daß sie mit uns gemeinschaftlich die unerhörte Ausbeutung der J.-G.-Unternehmer beseitigen wollen.“

Hierauf berichtete Kollege Walter über einen Antrag des Betriebsrats an die Direktion zur Erreichung eines Miet-zuschusses. Die Konferenz drückte ihre Meinung darüber in folgendes Entschliebung aus, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

#### Entschliebung zur Frage der Wohnungsmiete.

„Das von dem Betriebsrat geforderte Moratorium für die Verzinsung des Arbeitgeber-Verlebens für den Wohnungsbau ist abgelehnt. Eine Verbilligung der Wohnungsmieten ist also auf diesem Wege abgeschlagen.“

Angesichts der immer größer werdenden wirtschaftlichen Not der in den Neubau- und Siedlungswohnungen untergebrachten Leunawerksleute ist eine wirksame Hilfe dringend notwendig. Die jetzige Belastung des Arbeitseinkommens durch die Wohnungsmiete beträgt 28 bis 30 Prozent. Diese starke Belastung ist einfach nicht mehr tragbar. Der Betriebsrat fordert deshalb einen direkten Mietzuschuß (Wohnungsgeld) in folgender Form:

Denjenigen, deren Wohnungsmiete das monatliche Einkommen um mehr als 15 Prozent belastet, wird ein Mietzuschuß (Wohnungsgeld) gewährt.

Der Zuschuß ist so hoch, daß der über die 15 Prozent hinausgehende Betrag damit gedeckt werden kann. Zum Beispiel:

Ein Arbeiter hat ein monatliches Einkommen von rund	180 Mk.
Die monatliche Miete beträgt rund	50 Mk.
Die Belastung des Einkommens beträgt also rund	28 %
Davon trägt der Arbeiter 15 % = rund	27 Mk.
Als Zuschuß würden gewährt 13 % = rund	23 Mk.
Summe	50 Mk.

Die Funktionäre waren sich darin einig, daß die unorganisierten Arbeiter des Leunawerks der Organisation zugeführt werden müssen, wenn der Angriff der Betriebsleitung auf den jetzt schon unzureichenden Lohn abgewehrt werden soll. Sie verpflichten sich in diesem Sinne im Betriebe zu wirken, trotz des organisatorischen Treibens der Kommunisten.

Der Betriebsrat erstattet in sieben Betriebsversammlungen über das Vorgehen des Leunawerks Bericht und fordert sämtliche Funktionäre auf, in diesen Versammlungen für den Ausbau der Organisation einzutreten, um den Lohnabbau durch Arbeitszeitverkürzung abzuwehren. G. Haupt.

#### Augenerkrankungen durch Schwefelwasserstoff.

In der Spinnstoff-Fabrik Berlin-Zehlendorf nehmen die Augenerkrankungen wieder bedenklich zu. Innerhalb zweier Wochen sind etwa 20 betriebsfähige Augenerkrankungen aufgetreten. In einer Nacht wurden drei Spinner von Augenerkrankungen befallen. Es wird geklagt, daß die einzelnen Erkrankungen auch länger als früher

dauern. Gegenüber zwei- bis dreitägiger ambulanter Behandlung in früheren Fällen sind jetzt etwa sechs Tage zur Heilung nötig.

Die jetzt wieder gehäuft auftretenden Augenerkrankungen werden auf Überlastung der Ventilationsanlage, also auf mangelhafte Ventilation, zurückgeführt. Die Unternehmer behaupten, daß die Augenerkrankungen in der Kunstseide-industrie durch gute Ventilation außerordentlich stark eingeschränkt sind. Wir können dem nicht zustimmen, denn es stellen sich in allen, auch gut ventilierten Kunstseidefabriken immer wieder Augenerkrankungen in größerem Umfang ein. Dieses unverhoffte massenhafte Auftreten von Augenerkrankungen ist in der Viskose-Kunstseideindustrie typisch. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß diese Erkrankungen auf Wirkung von Schwefelwasserstoff zurückzuführen sind, was in neuerer Zeit von einigen Herren aus der Kunstseideindustrie bestritten wird. Unsere Ansicht, die auch die Ansicht der meisten Ärzte ist, kann durch solche Angaben nicht erschüttert werden. G. Haupt.

#### Explosion in einer Kunstseidefabrik.

Mitte Oktober explodierte in der Spinnstoff-Fabrik Berlin-Zehlendorf ein Bottich, der zum Entfäubern der Kunstseide diente und angeblich mit Schwefelwasserstoff gefüllt war. Bei der Explosion erlitten zwei Arbeiter erhebliche Verbrennungen. G. Haupt.



Das darfst du nie tun! Auch der kleinste Wasserstrahl auf die Starkstromleitung ist lebensgefährlich

Das darfst du nie tun! Ebenso sollte auf Werkplätzen beim Anfrichten eiserner Röhren, Stangen, Träger und dergleichen Rücksicht auf die darüber liegenden Drähte genommen werden. Die Zahl der tödlichen Unfälle durch Verbrennen dieser elektrischen Drähte mit langen Gegenständen vom Werkplatz aus ist nicht gering. So verließen z. B. bei einem Brunnenbau drei Drähte senkrecht über dem Bohrloch in 5 Meter Höhe und im Abstand von 60 Zentimeter von einander. Der Bohrmeister glaubte, das Bohrgefänge sicher führen zu können und richtete es innerhalb der 60 Zentimeter hoch. Hierbei kam er an eine Leitung, und zwei Leute verunglückten tödlich.

#### Tödlicher Unglücksfall in einer Gummi-Fabrik.

Am 14. November, abends 8 Uhr, erfolgte im Lauchraum der Gummi-Fabrik W e l m a n n in Hannover-Hainholz aus nicht aufgeklärten Ursachen eine Explosion, wobei drei Arbeiter Brandwunden erlitten. Ein Arbeiter wurde so schwer verbrannt, daß er in der folgenden Nacht im Krankenhaus starb.

Nachträglich sind durch den Transport von eisernen Behältern auf dem Boden Funken entstanden, wodurch die im Raum befindlichen Benzindämpfe zur Explosion kamen. Es wird jedoch auch vermutet, daß die Funkenbildung an einem Lauchapparat selbst entstanden sind. Von den Arbeitern wird geklagt, daß die Ventilation in der Lauchabteilung ungenügend war. Bei der Explosion ist der Lauchraum, der sich auf zwei Etagen erstreckt, vollständig ausgebrannt.

Dieser bedauerliche Unfall beweist wiederum, daß in der Gummiindustrie durch Benzin stets Gefahren gegeben sind, und daß diese Betriebe aufmerksam beobachtet werden müssen. Eingetretene Todesfälle und Verletzungen lassen sich nicht wieder gutmachen. Durch gewissenhafte Vorsorge müssen solche Unfälle vermieden werden. G. Haupt.

#### Menschenopfer in der Ruhrstickstoffindustrie.

Wiederholt haben sich in der letzten Zeit in den Stickstoffbetrieben des Bergbaues Explosionskatastrophen ereignet, die oft den Tod von Arbeitern und Technikern zur Folge hatten. Erst vor ganz kurzer Zeit ist in dem Stickstoffbetrieb in Herne die Rühreranlage in die Luft geflogen. Auch in Waldenburg waren in einem ähnlichen Betrieb bei einer Gasexplosion Todesfälle zu verzeichnen, und schon wieder liegt eine Meldung über eine neue Explosionskatastrophe im Betrieb der Ruhrchemie in Sterkrade vor.

In diesem Betrieb ereigneten sich in der Nacht zum 3. November kurz hintereinander drei Explosionen, als deren Folgen ein Tofer und drei Schwerverletzte zu verzeichnen sind.

Über den Vorgang der Katastrophe selbst folgendes: In der Nacht zum 3. November, 3 Uhr, erfolgte auf der Ruhrchemie in Oberhausen-Holten im Kompressorbau, Halle I, eine Gasexplosion, bei welcher ein Arbeiter tödlich, drei schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Bei der in Frage kommenden Anlage handelt es sich um einen ersten und zweiten Ausbau, wo Luft und Kohlgas zerlegt werden. Der erste Ausbau befindet sich jetzt 1 1/2 Jahre im Betrieb und hat bisher ohne Störung gearbeitet. Der zweite Ausbau wurde vor wenigen Wochen in Betrieb genommen.

Es ist festgestellt worden, daß bei der Explosion alle Maschinen und Apparate einwandfrei gearbeitet haben, da sämtliche Manometer, Thermometer, Meßinstrumente und Eintragungen keinerlei Abweichungen anzeigten. Keiner der in der Nähe Beschäftigten hat irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, die erst auf Unstimmigkeiten hindeuteten. Auch wurde nicht mit voller Leistung gefahren.

Es handelt sich um zwei oder drei Explosionen. Die erste erfolgte im zweiten Ausbau am Kohlgaszerleger infolge Bruchs einer unter 10 bis 12 Atmosphären stehenden Rohrleitung. Hierdurch traten größere Mengen Gas ins Freie und bildeten das gefährliche explosive Gasgemisch. Dann erfolgte die zweite Explosion, die eine sehr starke Wirkung hatte. Die Wand, an der die Apparatur angebracht war, wurde vollständig umgeworfen und der bedienende Wärter darunter begraben. Das Dach wurde an dieser Stelle gänzlich abgedeckt, Lärn weit in die Halle geschleudert und fast alle Fenster gingen in Trümmer.

Dann erfolgte die dritte Explosion, die sich auf die ganze Halle ausdehnte und sich am Apparat 1 vom ersten Ausbau besonders auswirkte. Dasselbst wurden von Pumpen und Behältern stärke Kohren, zirka 300 Millimeter Durchmesser, vollständig abgerissen und fortgeschleudert.

Die Arbeiter flüchteten. An verschiedenen Stellen brannten die defekt gewordenen Gasleitungen. Die in unmittelbarer Nähe wohnenden Arbeiter und Beamten waren in wenigen Minuten an der Unfallstelle. Durch Abkippen der Leitungen und Stillsetzen der Maschinen konnte eine weitere Gefahr ausgeschaltet und zuerst für die Verletzten gesorgt werden.

Über die eigentliche Ursache des Unglücks ist zur Zeit nichts bekannt.

Wie war eine Entzündung der angetretenen Gase möglich? Darüber gibt es nur Mutmaßungen. Menschen haben sich in dem Raum nicht aufgehalten, sie wären bestimmt tot. Die elektrischen Leitungen sind intakt. Wenn man die Zeit des ersten Ausbaues an der des zweiten Ausbaues mißt, muß man feststellen, daß infolge der Lieferungsfristen die Arbeiten des zweiten Ausbaues wenigstens um einige Zeit früher fertiggestellt wurden. Sind etwa infolge beschleunigten Ausbaues Fehler unterlaufen?

Die Anlage des zweiten Ausbaues ist noch nicht fertig. Die Ruhrchemie, sie wird nur von ihr bedient, gehört also noch der Firma Linde. Seit dem 4. November ist eine Einheit im Betrieb, die aber für die Produktion kaum in Frage kommt. Wenn der erste Ausbau nicht zu stark in Mitleidenschaft gezogen ist, (durch die Explosion ist viel nicht geworden), kann der erste Ausbau vielleicht nächste Woche wieder in Betrieb genommen werden. Es hat sich hier gezeigt, daß der Weg vom normalen Zustand bis zur Explosion nur kurz ist. Wäre die Explosion auf der gegenüberliegenden Seite, bei der sogenannten Italiener-Anlage erfolgt, wären die Folgen unabsehbar gewesen, da hier mit weit gefährlicheren Gasen in Behältern mit 850 Atmosphären gearbeitet wird. Die geplatzten Schweißnähte der Leitungen sind ein Beweis, daß infolge der kurzen Lieferungsfristen und der Leuteparsnis keine einwandfreie Arbeit geleistet werden kann.

Es werden zur Zeit auf der Ruhrchemie über 500 Arbeiter beschäftigt. Da das Werk neu ist und hier zur Zeit der riesigen Arbeitslosigkeit gute Beschäftigung vorhanden ist, ist es erklärlich, daß sich die Arbeiter in Scharen anbieten und unterbieten. Die Arbeiterchaft rekrutiert sich aus allen Volksschichten, aus Kaufleuten, ehemaligen Kleingewerbetreibenden, Büroarbeitern usw., die als Betriebs- und Plagarbeiter hier arbeiten.

Überstunden werden noch sehr viel gemacht, so daß bei einzelnen 80, 90 und mehr Stunden in der Woche keine Seltenheit sind. Es kann nicht bewiesen werden, daß das Unglück mit den Überstunden in Verbindung steht, es ist aber bezeichnend, daß die Explosionen in der Zeit geschahen, als die 16-Stunden-Schicht verfahren wurde. Diese Schicht beginnt Sonntags 14 Uhr und endet Montags 6 Uhr.

Es hat somit den Anschein, als ob in den Betrieben der Stickstoffindustrie Sterkrade nicht alles so ist, wie es sein soll. Gerade in den Betrieben der synthetischen Stickstoffherstellung muß besonders vorsichtig gearbeitet werden. Hier wäre eine regelmäßige Arbeitszeit ganz besonders angebracht. Im Interesse der Arbeiterschaft ist es dringend notwendig, daß die Gewerbeaufsicht Betriebe dieser Art, in denen mit großen Druckleistungen (bis zu 1000 Atmosphären) und komprimierten Gasen gearbeitet wird, einer strengen Beobachtung unterzieht. Es geschieht hier wie in so vielen anderen Fällen, daß der Brunnen zugedeckt wird, wenn das Kind bereits hineingefallen ist. Man darf gespannt darauf sein, was die Untersuchung über die Ursachen dieses Unglücks ergeben wird. Gerade weil in letzter Zeit solche Unglücksfälle häufiger vorkommen, muß restlose Aufklärung erstrebt werden. R. Segerer.

#### Vom Reichskalirat.

Am 11. November tagte eine Sitzung des Reichskalirats. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des Deutschen Kalifornikats über den Erlaß von Bestimmungen über Frachtberechnung und Frachtausgleich für inländische Empfänger auf Grund des § 58 der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kalifornikats vom 18. Juli 1919. Danach sollen mit Wirkung vom 1. Dezember 1930 an die nachstehenden Bestimmungen gelten:

„Für Kalifalze in Wagenladungen zum Verbrauch im Inlande hat der Empfänger die Fracht ab Sonderzahlen, mindestens jedoch die Fracht für eine Entfernung von 50 Kilometer für Stückgutladungen und Versandbahnhof zu zahlen.“

Für Kalifalze in Wagenladungen zur unmittelbaren Verwendung als Kalidüngemittel in der deutschen Landwirtschaft ist dem Empfänger keine höhere Fracht als diejenige für 270 Kilometer und nicht mehr als die um 10 Prozent gekürzte Fracht von dem günstigsten der drei Bahnhöfe Staßfurt-Leopoldsdahl, Wienenburg und Bad Salzung, mindestens jedoch die Fracht für eine Entfernung von 50 Kilometer zu berechnen. Die Kürzung um 10 Prozent erfolgt von dem Frachttas für 100 Kilogramm. Befragte, die als Zuschlags-, Anstöß-, Neben- oder Kleinbahnfracht, Überfuhr-, Rollbock- und Umladegebühr oder unter einer anderen Bezeichnung von der Bahn neben den sich auf Grund der direkten Tarifentfernung ergebenden Frachttasfen erhoben werden, geben ungekürzt zu Lasten des Empfängers.

Für den Fall, daß der Empfangsbahnhof mit dem Paritätsbahnhof nicht direkt tarifiert, hat die Frachtberechnung und der Frachtausgleich bis zu dem direkt tarifierenden Bahnhof, über den sich nach den amtlichen Tarifen für den Empfänger die niedrigste Gesamtfracht ergibt, zu erfolgen.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen gerechnete, von dem Empfänger zu zahlende Fracht und die wirkliche Fracht ab Versandbahnhof sind in der Rechnung zu vermerken. Der Unterschied ist dem Empfänger in der Rechnung zu vergüten oder zu belasten.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Fälle, in denen ein Kalimerksbesitzer aus seinem Kalimerks Kalifalze an eine ihm gehörige Fabrik zur Weiterverarbeitung zu anderen als der in § 1 der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kalifornikats vom 18. Juli 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, S. 663) und in der Bekanntmachung des Herrn Vorsitzenden des Reichskalirats vom 2. Februar 1921 (Nr. 28 des „Deutschen Reichsanzeigers“ und „Preussischen Staatsanzeigers“ vom 3. Februar 1921) bezeichneten Erzeugnissen absetzt, ohne daß wirkliche Frachtkosten entstehen.“

Dieser Antrag des Kalifornikats wurde ohne Widerspruch angenommen. Danach werden in Zukunft Mindestfrachten von 50 Kilometer und Höchstfrachten von 270 Kilometer berechnet. Alle Frachten bis zu 50 Kilometer Mindestfracht und 270 Kilometer Höchstfracht werden um 10 Prozent der bisherigen Höhe gekürzt. Darüber hinaus tritt eine

Ermäßigung je nach Entfernung bis zu 37 Prozent ein. Dieser Frachtausgleich bedeutet eine wesentliche Entlastung für die weiter entfernten Bezirke, insbesondere in Ostpreußen, Grenzmark, Schlesien, Pommern usw. Wie bereits bemerkt, soll diese Neuregelung am 1. Dezember in Kraft treten. Das Kalisyndikat hat sich jedoch bereit erklärt, diese Vergünstigung den landwirtschaftlichen Abnehmern schon jetzt zu gewähren.

### Entscheidung der Kaliprüfungsstelle.

In der Sitzung der Kaliprüfungsstelle am 12. d. M. wurde u. a. auch eine Entscheidung gefällt, welcher Quotenanteil der „Preußag“ für die ersoffenen Kalischächte bei Wienenburg verbleiben soll. Die Entscheidung bringt zum Ausdruck, daß für den Schacht Wienenburg II 35 Prozent und für Schacht III 45 Prozent der Quote zu belassen sind.

Pressenachrichten zufolge ist die „Preußag“ mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und will dagegen Berufung bei der Kaliberufungsstelle einlegen. Das ist leicht erklärlich, denn nach den gesetzlichen Bestimmungen können in solchen Fällen bis zu 50 Prozent der Quote belassen werden. So ist in ähnlichen Fällen auch bisher entschieden.

## Papier-Industrie

### Kapitalistische Planlosigkeit.

Vor kurzer Zeit beschlossen die europäischen Zellstoff-Fabrikanten, wegen Absatzmangels ihre Produktion um 15 Prozent einzuschränken. Der schwedische Kreuzer-Konzern aber errichtet zur Behebung dieser Absatznot in Ostindien eine neue Zellstoff-Fabrik und stellt 10 der größten Kocher in einer Höhe von 9 Meter und einem Durchmesser von 4 Meter auf.

In der holländischen Papierindustrie werden die meisten Papiermaschinen nur zu 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit, in Deutschland die Druckpapiermaschinen nur zu 65 Prozent, in Amerika zu 60 bis 69 Prozent, in Kanada zu 66 Prozent ausgenutzt. In fast sämtlichen großen Papiererzeugungsstaaten sind Betriebseinstellungen und Betriebseinschränkungen an der Tagesordnung. Überall herrscht in der Papiererzeugungsindustrie enorme Arbeitslosigkeit. Die ungeheure Überproduktion der internationalen Papiererzeugungsindustrie ist wegen mangelnder Kaufkraft der Arbeiterklasse aller Staaten nicht abzusehen. In Rußland aber herrscht Papiernot, und eine Regierungskommission fordert bis zum Ablauf des Fünfjahresplanes im Jahre 1933 den Bau von weiteren 49 Papierfabriken.

Die Feldmühle ist nicht nur der reichste, sondern auch der größte Papierkonzern in Deutschland. Frohlockend erklärt die Verwaltung der Feldmühle, trotzdem sie erst kürzlich den Rohholz-Konzern aufkaufte, daß ihre Werke voll beschäftigt sind und, soweit ein Urteil möglich sei, auch mit einem befriedigenden Ergebnis zu rechnen sein dürfte, wobei hervorzuheben ist, daß die Dividende der Feldmühle im Vorjahre 12 Prozent betrug. Eine geheime Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steffin genehmigte aber Ende Oktober der Feldmühle einen 25prozentigen Steuerzuschlag, der sich auch auf die Gewerbesteuer- und Lohnsummensteuer erstreckt, damit die Feldmühle ihr Zentralbüro in Steffin beläßt und nicht, wie angedroht, nach Berlin verlegt.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert zur Behebung der Wirtschaftsnote den allgemeinen Lohnabbau; die einzelnen Arbeitgeberverbände und, mit wenigen Ausnahmen, alle Arbeitgeber in Deutschland treten dieser Aufforderung bei. Im gleichen Zeitraum erhöht der amerikanische Automobilkonzern Ford die Löhne seiner Arbeitnehmer um 7 bis 10 Prozent, ermäßigt seine Automobilpreise um 15 Prozent. Und während die deutschen Arbeitgeber nach Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung rufen, erklärt Ford in der „Morning Forward“:

„Innerhalb von zwei Jahrzehnten wird die Arbeiterschaft Amerikas mit einem täglichen Minimallohn von 27 Dollar (113,40 Mk.) und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 25 Stunden zur Aristokratie Amerikas gehören.“

Hohe Löhne seien der Schlüssel zum modernen Weltwirtschaftsprodukt und Verbrauch müssen durch Preisniveaus ausgeglichen werden. Die Einschränkung der Produktion ist wirtschaftlich nicht vertretbar, dagegen müssen verbesserte Absatzmethoden geschaffen werden.“

Der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning führte in seiner Regierungserklärung u. a. aus: „Die dauernde Haltung des Reallohnes der Beamten, Angestellten und Arbeiter, trotz geringerer Nominalbezüge, ist ohne eine allgemeine Kostenminderung und eine ihr entsprechende allgemeine Preislenkung nicht möglich. Eine derartige Preispolitik wird vor allem einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts bedeuten, das jetzt durch den Einzug der Rohstoffpreise empfindlich gestört ist. Die deutsche Wirtschaft würde sich dann den weltwirtschaftlich gegebenen Bedingungen anpassen. Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß ein rechtzeitiges und opferbereites Zusammenwirken aller beteiligten Wirtschaftskreise die Gewähr dafür bietet, daß noch größere und schwerere Erschütterungen vermieden werden.“

Reichskanzler Brüning setzte sich also in seiner Regierungserklärung für den Lohnabbau ein, dem der Preisabbau folgen sollte. Fast zu gleicher Zeit besaßmordete Hoover, der Präsident der amerikanischen Republik, auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress die Einführung hoher Löhne, und in einer Pressebesprechung erklärte er, daß sich die Kaufkraft Amerikas besser gehalten habe als der anderen Länder.

Während Unternehmertum und Regierung in Deutschland die Auffassung vertreten, daß nur durch Lohnabbau die Inlandskaufkraft gehoben werden könne, erklärte der englische Ministerpräsident MacDonald auf dem Frankreichkongress der Labour Party: „Das Verlangen der bürgerlichen Gegner, den Inlandsmarkt zu schützen, ist mir wichtig, indem man die Kaufkraft der arbeitenden Massen erhöht.“

Reichsregierung und Unternehmertum glauben, die Wirtschaftliche durch Verringerung der Löhne und erhöhten Zollschutz, besonders für die Landwirtschaft, überwinden zu können. Der englische Ministerpräsident MacDonald aber erklärte zu dem gleichen Thema auf dem Parteitag der

englischen Arbeiterpartei: „Wir können die Krankheiten der neuen Generation nicht durch die Quacksalbermittel früherer Generationen heilen.“

Und während die deutsche Reichsregierung und das deutsche Unternehmertum glauben, mit den bereits erwähnten Mitteln, die zur Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klassen führen, die Weltwirtschaftskrise überwinden zu können, erklärte der englische Ministerpräsident MacDonald: „Kein Land könne die Arbeitslosigkeit für sich bekämpfen“, und er fügte hinzu: „Die Arbeiterregierung habe es unternommen, andere Nationen für eine gemeinsame Arbeitslosenpolitik zu gewinnen.“

Zwei Welten in wirtschafts- und sozialpolitischer Auffassung stehen sich gegenüber. Die eine Seite sucht die geschädigten und gekennzeichneten Auswüchse unserer irrigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch soziale Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse zu lindern, die andere Seite glaubt, durch Verewigung der Ausbeutungsmethoden aus Großvaters Zeiten der Wirtschaft am besten dienlich zu sein. Das Gegenteil wird und muß eintreten. Die von der deutschen Reichsregierung und dem deutschen Unternehmertum verkündeten Maßnahmen müssen zu einer weiteren Verelendung der breiten Volksmassen führen. Die Herrschenden brauchen sich deswegen nicht zu wundern, wenn die von ihnen betroffenen deutschen Arbeiterkreise immer mehr das heutige kapitalistische System in den Orkus und dessen Vertreter zum Teufel wünschen. G. Stähler.

### Ein tarifreuer gewordener Unternehmer.

Ein großer Teil der Besitzer der Kleinbetriebe in der Papiererzeugungsindustrie ist nicht besonders tarifreudlich eingestellt. In dieser Frage macht der Inhaber einer Holzschleiferei im Kreise Kirchberg eine lobenswerte Ausnahme, allerdings erst dann, als er seine Schieferei verkaufen mußte und von dem neuen Inhaber als Werkführer angestellt wurde. Nun erst erkannte dieser ehemalige Holzschleifereibesitzer den vollen Wert der gewerkschaftlichen Tarifverträge. Aus einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Görlitz geht hervor, daß dieser Herr, nachdem aus dem Fabrikanten ein Werkführer geworden war, auf Lohnnachzahlung klagte, weil er nicht entsprechend in die Tariflöhne des allgemeinverbindlich erklärten Papierwerkmeistertarifs eingereiht worden sei.

Auf den Inhalt der Klage wollen wir nicht besonders eingehen. Wir glauben nur feststellen zu müssen, daß sich auch bei Unternehmern so etwas wie revolutionäres Klassengefühl regt, wenn sie das Pech haben, in den Arbeiterstand zurückzufallen. Dann sind ihnen auch die Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung ihrer Existenzbedingungen gerade noch gut genug.

### Vom Papierholzmarkt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben Rußland veranlaßt, seine Holzexport im Laufe des letzten Jahres ganz außergewöhnlich zu steigern, um ausländische Devisen hereinzubekommen. Die Folge dieser Maßnahmen ist ein sprunghaftes Fallen der internationalen Holzpreise.

### Internationale Papierholz-Konferenz.

Um diesen Preisrückgang aufzuhalten, sagte am 7. Oktober 1930 in Paris ein internationales Papierholzkomitee, in dem vereinbart wurde, den verminderten Bedarf an Papierholz durch Einschränkung der Papierholzerzeugung Rechnung zu tragen und, so weit möglich, eine Stabilisierung der Preise herbeizuführen. Ob dieses Problem gelingen wird, dürfte letzten Endes mit davon abhängen, welche weitere Einstellung Rußland zu dieser Frage zeigt. Zunächst betreibt Rußland seinen Holzhandel schwunghaft weiter, und wie die Fachblätter melden, haben erst in den letzten Wochen zwei amerikanische Papiererzeugungs-Betriebe 800 000 Festmeter Papierholz für diesjährige Lieferung von Rußland gekauft.

### Die deutsche Papierholzeinfuhr.

Auch in Deutschland ist die russische Papierholzeinfuhr an die erste Stelle gerückt. Bis September 1930 wurden allein 283 000 Tonnen russisches Papierholz in Deutschland eingeführt. Trotz der starken Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der deutschen Papiererzeugungsindustrie betrug die Papierholzeinfuhr im ersten Halbjahr 1930 763 600 Tonnen. Davon lieferte Rußland 221 800 Tonnen, die Tschechoslowakei 89 000 Tonnen, Österreich 56 000 Tonnen, während der Rest von 397 200 Tonnen sich auf Polen, Finnland und die baltischen Staaten verteilte. Da im ersten Halbjahr 1929 die deutsche Papierholzeinfuhr nur 544 000 Tonnen betrug, ergibt sich, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Papierindustrie die Einfuhr im ersten Halbjahr 1930 um 219 600 Tonnen größer war.

### Rückgang der polnischen Papierholzeinfuhr.

Die Konkurrenz Rußlands auf dem Weltmarkt ist auch auf die polnische Papierholzeinfuhr nicht ohne Einfluß geblieben. In der Zeit von Januar bis August 1929 betrug die polnische Papierholzeinfuhr noch 718 028 Tonnen; sie ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1913 um 218 519 Tonnen auf 499 509 Tonnen zurückgegangen.

## Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Margarineindustrie nach den Untersuchungen des Enquete-Ausschusses.

### III.

Angehandelsfragen spielen für die deutsche Margarineindustrie eine untergeordnete Rolle, da die Einfuhr im Vergleich zur deutschen Produktion bedeutungslos ist. Im Jahre 1927 wurden bei einer Produktion von 4,5 Millionen Doppelzentner 616 Doppelzentner eingeführt. 1928 betrug die Einfuhr bei einer Produktion von 4,8 Millionen Doppelzentner 646 Doppelzentner, und 1929 betrug die Einfuhr 1200 Doppelzentner. Infolge der geringen Transportfähigkeit können nur bestimmte Grenzgebiete vom Ausland mit Margarine beliefert werden. Für weiterliegende Gebiete, namentlich für die wärmere Jahreszeit, kommt die Benutzung von Kühlwagen und dergl. für weite Strecken in Betracht. Das erhöht die Frachtkosten bedeutend.

Trotz dieser unbedeutenden Einfuhr tritt die Margarineindustrie für Aufrechterhaltung des bestehenden Margarine-Schutzzolles ein, der gegenwärtig 20 Mk. je Doppelzentner beträgt und 1913 in gleicher Höhe bereits bestand. Der Schutzzoll ist für billigere und tendere Sorten gleich. Er belastet also die billigen Sorten weit stärker als die tenderen. Zu der Forderung auf Aufrechterhaltung des Schutzzolles sagt der Bericht:

„Die Begründung, die die beiden Gruppen der Margarineindustrie ihrer Forderung auf Aufrechterhaltung des Margarinezolles geben, ist nicht ganz einheitlich. Vom Standpunkt der freien Margarineindustrie aus ist der Margarinezoll zu fordern, weil sie bei ihrem schweren Anfechtungskampf gegen den Konzern in Deutschland nicht auch noch zusätzliche Konkurrenz aus dem Ausland vertragen kann.“ Der Konzern begründet seine Zollforderung nur allgemein mit der bestehenden

Wenn die freien Fabriken noch Scheingründe für ihre Ansicht haben, so fallen diese für die Konzernbetriebe doch vollständig fort. Die Union hat ja in allen ausschlaggebenden Ländern selbst Betriebe. Wer soll ihr Konkurrenz machen? Der Bericht stellt dann auch fest, „daß nicht ganz klar geworden ist, wessen Konkurrenz der Konzern fürchtet.“

Die niedrigen Löhne des Auslandes braucht die deutsche Margarineindustrie ebenfalls nicht zu fürchten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses die Löhne namentlich in den Ländern, die in erster Linie für Deutschland als Konkurrenz in Frage kommen könnten, höher sind als in Deutschland. Der Bericht sagt zu dem Kapitel „Rohstoffbezug, Unkosten der Verarbeitung, Löhne usw.“ folgendes:

„Da die Rohstoffkosten, dieser wichtigste Kalkulationsposten, überall so gut wie gleich sind und angelehnt der Kombination der Margarinefabriken mit den Ölmühlen des Auslandes einen Vorsprung gegenüber freien Fabriken des Auslandes geben, so bleiben als einziger wesentlicher Faktor die Lohnkosten. Diese sind aber weder in Dänemark noch in Holland niedriger als in Deutschland.“

Wesentlich ist nun, welchen Schutzzoll andere Länder für Margarine haben. Diesbezüglich stellen wir aus dem Bericht für eine Anzahl Länder die Zollsätze, in deutsche Währung umgerechnet, fest:

Margarinezölle des In- und Auslandes (je 100 Kilogramm) in Mark.

Deutschland, Margarine usw.	20,—
Frankreich, Margarine usw.	14,75
+ 2 Prozent Umsatzsteuer.	
Belgien, Margarine usw.	7,—
Tschechoslowakei, Margarine usw.	13,—
Deutsch-Österreich, Speisefette, Gleitjoll	8,25—8,85
Polen, Pflanzenfette (Einfuhr aus Deutschland verboten)	26,—
Schweden, Margarine	16,50
Norwegen, Margarine	16,—
+ 50 Prozent Zuschlag.	
Finnland, Margarine	15,—
Estland, Margarine	32,—
+ 100 Prozent Zuschlag.	
Letland, Margarine	32,—
Litauen, Margarine	25,—
Schweiz, Margarine	32,—
Jugoslawien, Margarine	11,—
Ungarn, Margarine	67,20

Dänemark und die Niederlande haben keinen Schutzzoll. Für Dänemark bestehen erschwere Einfuhrbestimmungen.

Die Gegenüberstellung ergibt, daß sechs Länder einen höheren Schutzzoll als Deutschland haben. Das sind aber alles Länder, die keine oder nur wenig Margarine erzeugen. Diese Schutzzölle haben in diesen Ländern also vorwiegend agrarischen Charakter. Die Landwirtschaft soll bei ihrem Butterabsatz usw. geschützt werden. Der Bericht stellt zu Anfang dieses Kapitels fest, daß der Margarinezoll auch in Deutschland von Bismarck als Agrarschutzoll bei seiner Einführung gedacht war, er habe jedoch als Erziehungsoll gewirkt. Aus den Ländern mit einem höheren Schutzzoll droht Deutschland also keine Konkurrenz bei der Einfuhr. Jene Staaten aber, die als Konkurrenzland in Frage kommen könnten, haben einen niedrigeren Schutzzoll als Deutschland. Die beiden Hauptkonkurrenzländer, Dänemark und die Niederlande, haben überhaupt keinen Schutzzoll.

Wie sind nun die Preise in den einzelnen Ländern? Haben namentlich die Konkurrenzländer niedrigere Preise als Deutschland, so daß deshalb die ausländische Konkurrenz zu fürchten ist? Der Bericht sagt dazu:

„Nach Darlegungen der Sachverständigen der Margarineindustrie sollen die Preise in den Konkurrenzländern trotz geringem oder fehlendem Zollschutz höher liegen als in Deutschland.“ An anderer Stelle heißt es dann: „Alle diese Preisvergleiche leiden unter derselben Schwierigkeit, daß die Gleichwertigkeit von Margarineforten, die aus den verschiedenen Rohstoffmischungen hergestellt sind, nur sehr schwer kontrollierbar ist.“ Von der Industrie ist dem Enquete-Ausschuß eine Aufstellung über Großhandelspreise unterbreitet, die allerdings aus dem Jahre 1926 stammt. Sie ergibt folgendes Bild:

Großhandelspreise im In- und Ausland 1926.

Margarineorte	Deutschland	Dänemark	England	Finnland	Schweden
Billigste Sorte	57,—	57,60	62,18	67,56	81,—
Spitzenmarke (Blau- und Raman-entprechend)	84,—	102,11	94,28	84,46	119,25
Tenerste Sorte	96,—	102,63	100,29	121,62	119,25

Die Gegenüberstellung zeigt allerdings, daß Deutschland mit seinen Preisen bei allen Sorten am niedrigsten ist. Der Bericht kommt dann auch zu folgendem Schluß:

„Sollte die Angabe, daß die Margarinepreise im Ausland durchweg auf einem höheren Niveau liegen als in Deutschland, zutreffen, so ist daraus zu folgern, daß die Konkurrenzgefahr für die deutsche Margarineindustrie nicht groß sein kann, zumal die ausländische Margarineindustrie unter Umständen noch die deutschen Preise unterbieten müßte, um Anteil an der Versorgung des deutschen Marktes zu bekommen.“

Von den Sachverständigen der Margarineindustrie wird wiederholt hervorgehoben, daß sich der Schutzzoll im Preise nicht auswirke, da ja das Ausland höhere Preise habe als Deutschland. Der Schutzzoll müsse aber trotzdem beibehalten werden, da die Käuferpsychologie eine wichtige Rolle spiele. Es sei, so sagen die Vertreter der Margarineindustrie, Tatsache, daß das Auslandsprodukt in Deutschland lieber gekauft werde als deutsche Ware, und zwar selbst dann, wenn die Auslandsware etwas teurer sei. Uns will scheinen, daß man diesem Umstand zuviel Bedeutung beimißt. Wir können uns nicht vorstellen, daß der deutsche Konsument nach dem Auslandsprodukt greift, nur weil es Auslandsware ist, wenn ihm eine deutsche Ware geboten wird, die ebenso gut und nicht teurer, ja z. T. billiger ist als die Auslandsware. Die große Masse der Konsumenten muß viel zu sehr rechnen, als daß sie mehr Geld für eine gute Ware ausgibt, als absolut notwendig ist. Mit der Käuferpsychologie allein läßt sich ein Schutzzoll nicht begründen.

Von den Sachverständigen der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen wurde bei den Vernehmungen auch die Erklärung abgegeben, daß sie Gegner des Schutzzolles sind und daß sie nur in besonderen Fällen Ausnahmen zustimmen könnten. Diese Ausnahmen aber liegen für die deutsche Margarineindustrie nicht vor, weil sie hinsichtlich der Rohstoffversorgung, Verarbeitungskosten, Löhne usw. nicht

Schlechter gestellt sei als die Industrie anderer Länder. Die Preise aber sind nach Angabe der Industrie in Deutschland nicht höher, eher niedriger als im Auslande.

Die Margarineausfuhr hat ebenfalls keine wesentliche Bedeutung. Im Jahre 1927 wurden 9000 Doppelzentner ausgeführt, davon gingen 55 Prozent nach dem Saargebiet.

Es folgen dann kurze Betrachtungen über die Margarineindustrie der Welt und der Stellung Deutschlands in derselben. Hierüber gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß.

Europäische Produktion an Margarine.

Table with 5 columns: Land, In 1000 Tonnen 1927, In 1000 Tonnen 1928, Konzernanteil 1928 in %, In 1000 Tonnen. Rows include Deutschland, Holland, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Tschechoslowakei, Österreich, Frankreich, Belgien, Zusammen, Sonst. europ. Länd., Insgesamt.

Danach betrug die Produktion der deutschen Margarineindustrie im Jahre 1928 rund 41,5 Prozent der Produktion aller europäischen Staaten. Die Tabelle zeigt, welchen Anteil die Konzerne in den einzelnen Ländern haben.

Es folgen dann Darlegungen der Produktion aus den einzelnen europäischen Ländern, auf die wir der Kürze halber nicht mehr eingehen wollen. Besonders hervorzuheben wäre, daß Holland das einzige Land ist, das eine starke Margarineausfuhr hat.

Aus der russischen Wirtschaft.

Wie auf vielen anderen Gebieten, so besteht in Rußland auch bei der Landwirtschaft resp. -erzeugung eine gewisse Planwirtschaft, oder man versucht wenigstens, Planwirtschaft zu betreiben.

Table with 5 columns: Jahr, Baumwolle, Lein, Hanf, Sonnenblumen. Rows include 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, Nichtzahlen des Anbauprogramms für 1930, Saatfläche am 21. Mai, Saatfläche am 15. Juni.

Daraus geht hervor, daß Rußland seine Versorgung an Pflanzensamen in erster Linie auf Baumwollsaamen und Sonnenblumenkerne aufgebaut hat. Die unteren drei Zahlenreihen zeigen, daß das Anbauprogramm hinsichtlich der Baumwolle tatsächlich überschritten ist.

Für die Überzeugung Sowjetrußlands im Jahre 1930 bieten sich recht trübe Aussichten. Bekanntlich ist der Ankauf der erzeugten Saaten sowie die Verarbeitung zu Mehl und deren Verteilung fast vollständig in die Hand der staatlichen Planwirtschaft verlegt.

einem großen Teil nicht eingehalten worden. So hätten der Ablieferung auf Grund dieser Kontrakte 372 663 Tonnen Sonnenblumenkerne unterlegen; es sind jedoch nur 228 737 Tonnen zur Ablieferung gelangt.

Die obengenannte Zeitschrift betrachtet diese Dinge natürlich in erster Linie vom privatrechtlichen Standpunkt aus. Die angegebenen Zahlen jedoch stützen sich immerhin auf amtliche Angaben.

Man sucht nach Ersatzstoffen für die Mergelzugung. Die Ausnutzung von Kürbiskernen, Bucheckern, Federnüssen, Knochen, Erdnüssen und Maiskernen wird in Ermägung gezogen.

Alle für einen!

Ein Fabrikant hatte ein neues Fabrikgebäude aufgeführt und fragte einen seiner Arbeiter, wie es ihm gefalle.

„Es kommt mir vor“, erwiderte der Arbeiter, „wie die umgekehrte Passion.“

„Was heißt das: wie die umgekehrte Passion?“

„Nun“, sagte der Arbeiter, „in der richtigen Passion leidet einer für alle, und hier leiden alle für einen!“

Verschiedene Industrien

Das Lohnproblem in der Spielwarenindustrie.

I.

Wenn Unternehmergruppen jeden Kalibers das Lohnproblem zur vordringlichen Lösung empfehlen, natürlich zu ihrem Vorteil, also Abbau der Löhne, dann darf auch die Spielwarenindustrie als Bundesgenosse nicht fehlen.

Die Ausführungen Glöckners ähneln dem Geist, den Georg Gothein 1929 in seine Broschüre „Der große Irrtum der deutschen Lohnpolitik“ hineingelegt hat. Gothein wirft in dieser Broschüre den Gewerkschaften vor, daß sie den Nominallohn überschätzen, daß es ein Irrglaube sei, anzunehmen, durch Lohnsteigerung werde der Konsum belebt, die Beschäftigung vermehrt und die Produktion verbilligt.

Diesen Vorwürfen voran glaubt Gothein den Weg aus der festgefahrenen Wirtschaft der Gegenwart zu zeigen, daß Lohn- und Preisabbau der Weg zum Aufstieg, Lohnhöhungen der Weg in den Abgrund seien.

Die Geister haben sich gemehrt, die den Standpunkt vertreten, daß gerade diejenigen Argumente, die Gothein den Gewerkschaften als falsch und schädlich zum Vorwurf macht, den Weg aus der Wirtschaftskrise zeigen.

Nach einer kurzen Einleitung beginnt Glöckner seinen Artikel mit der Lamentation „Kurzarbeit, Betriebsstilllegungen, vermehrte Arbeitslosigkeit“ usw.

Wir haben es durchaus nicht nötig, den Begriff „Politik“ zu mißhandeln. Wir erfüllen eine unserer Aufgaben damit, daß wir den Unternehmern aus der Spielzeugindustrie in sozial-politischer Beziehung steif hinter den als reaktionär bekannten Unternehmerverbänden nicht zurückgehen.

Und nun bringt Glöckner den Wunsch zum Ausdruck, daß die, die mit zu bestimmen haben über die Löhne, seine Ausführungen zur Kenntnis bekommen. Und was wird denen, die mit zu bestimmen haben, gesagt? Bestimmt nichts Neues!

„Auf Zahlen sei verzichtet, weil der Prozentsatz des Lohnes am Gesamtprodukt des Sozialproduktes so verschieden ist wie bei den letzten Arten. Es ist aber bekannt und in jedem Spielzeugbetrieb täglich selbst feststellbar, daß der Lohnanteil, je nach der Güte des Materials und der Bearbeitung, oft bis weit über die Hälfte des Herstellungspreises ausmacht.“

Übertrieben ist bei vorstehendem Zitat der Hinweis auf die Verschiedenheit und Stärke des Lohnanteils beim Herstellungspreis. Aber der ist nicht auslaggebend, sondern der Verkaufspreis, und der ist jedenfalls in der Spielwarenindustrie so gestellt, daß dem Gewinnanteil des Unternehmers durch den Lohnanteil nichts verloren geht.

Mit dem Begriff „hoher Lohnanteil am Herstellungspreis“ wird vom Syndikus Glöckner Schindluber getrieben. Wenn der Lohnanteil in einer Industrie sich so auswirkt, daß in der Spitze die Stunde rund 80 Pf. verdient werden, und zwar nur von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe, im übrigen aber nur sehr niedrige Löhne erreicht werden, in der Hausindustrie die Arbeitenden sogar gezwungen sind, zu Glendslöhnen zu arbeiten, dann sind die Ausführungen des Herrn Glöckner unverständlich.

Schädlich in der Spielwarenindustrie ist die Art der Beschaffung der Rohstoffe für die Hausindustrien. Sie ist vollständig unorganisiert. Es herrschen anarchische Zustände. Die Organisierung des Rohstoffeinkaufes würde zweifellos Ersparnisse in enormer Höhe bringen und die Spielwarenindustrie leistungsfähiger machen.

Oh, ihr Anschuldslämmer! möchte man ausrufen, wenn man im Artikel folgenden Satz zu lesen gezwungen ist:

„Wer der deutschen Spielzeugindustrie sozial- und lohnreaktionäre Gelüste unterstellt, der hat entweder keinerlei Ahnung von den Dingen oder aber er braucht solche Verdächtigungen für gewisse dunkle Zwecke, die in der neuen Zeit oft sogar mit dem mißhandelten Begriff „Politik“ gedeckt werden.“

Selbst auf die Gefahr hin, daß wir als solche Leute von Herrn Glöckner „gebrandmarkt“ werden, sagen wir: Das Wollen der Unternehmer aus der Spielzeugindustrie in sozial-politischer Beziehung steht hinter den als reaktionär bekannten Unternehmerverbänden nicht zurück.

Wir haben es durchaus nicht nötig, den Begriff „Politik“ zu mißhandeln. Wir erfüllen eine unserer Aufgaben damit, daß wir den Unternehmern aus der Spielzeugindustrie in sozial-politischer Beziehung steif hinter den als reaktionär bekannten Unternehmerverbänden nicht zurückgehen.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Das große Los!

Von August Buchmann.

„Vater Kruse, jetzt ist's genug. Einmal muß alles ein Ende haben. . . Geld bekommtst du keines mehr, wenn du es im Grünen-Kater veräußerst! Kommst so schon jeden Sonntag voll heim! Und wie sieht denn deine Hose aus? . . . „Wo denn?“ stotterte der alte Mann. „Hier, auf dem Knie. . . Bist wohl auf der Straße umgefallen? Ich weite darauf. Heute gibst's kein Abendbrot, und morgen sprechen wir uns!“

Wirklich böse war die Stine eigentlich nicht gegen ihren Schwiegervater. Nein! Der Alte benahm sich ja auch nicht immer so, wie er sollte. Und dann mit dem Haushalte und dem Auskommen hatte die arme Stine schon ihre liebe Not. Es galt, genau zu rechnen, wenn man für alles aufkommen wollte. Zu neunen wohnten sie in der kleinen, elenden Hütte. Sechs Kinder, von denen das älteste erst 12 Jahre zählte und noch keinen roten Heller verdiente, der Mann, die Frau und dann der Großvater.

Der August freilich, der hatte gute Tage. Der war immer vergnügt und fidel. Er war Schlosser in einer großen Maschinenfabrik. . . ganz sein Vater. . . wie der in jungen Jahren gewesen, da er auch noch als Schlosser in der Maschinenfabrik gearbeitet hatte. Und eine tüchtige Arbeitskraft und ein Meister in seinem Fach war der Alte gewesen, bis ihn der leidige Rheumatismus gepackt hatte, bis er nicht mehr dazu imstande war, in die Werkstatt zu gehen. Und die Arbeitslosigkeit, die war eben daran schuld, daß er manchmal die Wege des Leichtsinns ging. Freilich viel Geld hatte er ja nie in der Hand, man sah ihm schon auf die Finger, und die Stine rückte nichts heraus. Sein Unterhalt kostete ja wenig, und der Alte bekam ja auch immerhin noch einen netten Pfennig Rente, die er immer an Stine abließerte, auf Sellen und Pfennig. Und die Stine gab ihm nie mehr als einen Taler Taschengeld am Ersten jeden Monats. Und wenn er davon sein bißchen Rauch- und Kautabak erstanden hatte, blieben ihm immer noch ein paar Groschen, um sich hier und da einen Korn zu leisten. Freilich feiner war es besser mit ihm gewesen, da kam er wohl an manchem Sonntagabend mit einem kleinen Schwips nach Hause, aber in letzter Zeit war das dann schon mehr ein Raub. Neulich hatten sie ihn unfer Gejohl auf einem Karren heimgefahren, und darüber hatte sich die Stine natürlich geärgert.

Könnte, dürfte man dem alten Manne viel Schuld beimessen? Da lieber Himmel, sein Leben in dieser Zurückgezogenheit verlief doch so einfüßig und fruchtig. Kaum, daß er dazu dienlich war, die drei kleinsten seines Sohnes zu beaufsichtigen, die noch nicht in die Schule gingen. Und so verbrachte der alte Kruse den lieben langen Tag mit den drei Schreibjungen. Stundenlang sah er so im Winter in der stäubigen Herde, wo Stines Achenkästen stand.

Wenn aber im Sommer die liebe Sonne schien, dann ging er hinaus vor die Hütte. Dort stand eine Bank, auf die er sich setzte, aber auch hier hatte er den lieben, langen Tag nichts zu tun. Und so gab er sich meist dem Grübeln hin, er dachte an die schöne Zeit, da er noch als Schlosser in der Werkstatt tätig gewesen war, beinahe so etwas wie ein Vorgesetzter! Und das inmitten einer Schaar intelligenter und geschickter Arbeiter. Bei solchen Erinnerungen ließ der alte Kruse manchmal schweren Seufzer aus. Wenn ihn seine Schwiegerväter, die Stine, bei einem solchen Seufzer überraschte, dann zuckte sie mit den Schultern und sagte: „Was willst du, Vater Kruse, es ist eben nicht leicht, zu neunen zu leben, wenn man einer darunter ist, der Geld verdient!“ Dann sagte der arme, alte Mann nichts mehr. Wahre er doch, daß Stine selbst wie ein Pferd zu schaffen hatte und daß daher ihre Härte gegenüber den anderen kam. Und eines Tages — Stine hatte es an diesem Tage ein bißchen zu stark getrieben — sah man es dem Alten an, wie schwer es ihm ums Herz war.

An diesem Tage sagte er ganz fröhlich zu Stine: „Wenn ich noch zur Last bin, ich sterbe doch nicht früher als mein Vater selig, und der ist 94 geworden, und ich werde erst 72. Ein Stück Brot müßt ihr mir schon noch so lange geben.“ Stine lächelte es nun selbst wohl, heute hatte sie den alten Vater Kruse wirklich ein bißchen zu derb angefaßt, deshalb hielt sie im Waschen inne, trocknete sich ihre nassen Hände an der schwarzen Schürze ab, stieg sie dann in beide Seiten und erwiderte in ganz weichem Tone: „Aber Vater Kruse, ja solchen Reden ist doch kein Grund vorhanden. Wer hat dir jemals etwas vorgeworfen? Witte, sage es mir! Niemand, das weißt du so gut wie ich! Wir tun an dir meine Pflicht. Wir alle haben dich von Herzen lieb.“ Als der alte Kruse dieses vernahm, war er zufrieden, und dankenden Blickes sah er Stine an. Auch sie freute sich nun herzlich, daß sie den eifigen Kruse zufriedengestellt hatte, man sah es deutlich ihren leuchtenden Augen an, und wie Sonnenstrahlen schienen diese in die schon müde gewordenen Augen des alten Mannes.

Nun war es Herbst geworden, aber noch war der Herbst mild, sonnig und klar. Und August verdiente eben gut, denn die Maschinenfabrik hatte gut zu tun, es kamen Aufträge über Aufträge, es mußten überstanden gemacht werden, die sehr gut bezahlt wurden.

Leider folgte nun ein schlechter Winter auf diesen schönen Herbst. Möglich liegen die Befehle bei der Maschinenfabrik, in der August beschäftigt war, nach. An einem Sonntagabend wurden 5 Arbeiter, darunter auch Schlosser, auf einen Schlag entlassen. Der August befand sich nicht unter diesen, aber auch sein Tagelohn sack auf die Hälfte herab. Und er und die Stine hatten nichts auf der Ertragsliste. Wie bald stellte sich die Not unter ihrem Dache ein. „Du lieber Himmel, meine armen Kinder“, sagte eines Tages der alte Kruse zu Stine, „du schütteste seinen weichen Kopf, es macht mich ganz unglücklich, daß ich so rein gar nichts für mich verdienen kann. Wozu lange ich noch? Besser wäre es schon ich ginge — für immer!“ Der Sohn sah seinen Vater bekräftigen und mitleidsvoll an, die Stine aber sprach: „Aber lieber Vater Kruse, laß das Gröbeln sein und — dich nicht, wir werden schon durchkommen, während sie die ewige geleerte Suppenkassette und die Zeller vom Tische abringt. Die Wassertrappe — das war ihr einziger Gang. Nun geschah etwas ganz Unmögliches, der alte Kruse erkrankte seiner Krankheit eine verschlossene Kaverne und übergab es den beiden, der Stine und dem August, seinem Sohne, mit den Worten: „Hier nehmt es hin, es ist das letzte, was ich euch geben kann.“ Und wie ein Sonnenstrahl ging es bei diesen Worten des alten Mannes über die Gesichter Stines und Augusts. Nachdem sie beide dem alten Vater Kruse herzlich gedankt hatten, öffneten sie vorsichtig den verschlossenen Kasten, was machte er wohl enthalten? Der alte Vater Kruse lag unbeweglich auf seinem Sarge und die beiden freudig überraschten aufmerksam zu. Möglich drang ein Lichtstrahl aus den Fenstern der jungen Mädchenkammer, sie hielten ein Los der Preussischen Lotterie in Händen, es lag die Nummer 1536. Jetzt ward die Freude aller groß, doch am meisten freute sich der alte Kruse, daß er von seinem erparten Taschengeld das Los gekauft und die beiden damit so glücklich gemacht hatte. Es hatte ihm gar lange Zeit gedauert, bis er das mühsam erpante Geld bekommen hatte, aber er hatte es dennoch gekauft, und das freute ihn so sehr — hoffentlich brachte es den beiden nun auch Glück! Aber der alte Kruse war ein Mann, der die Hoffnung nie aufgab und dem Rat so leicht nicht folgen ließ, und seine ganze Zuversicht und Hoffnung setzte er auf das Los mit der Nummer 1536. War es die Glückszahl?

Es verging nun kein Abend, an dem nicht bei dem fröhlichen Scheine der Petroleumlampe das kostbare Los aus dem Dunkel der Schublade herausgeholt, auf den Tisch gelegt, auseinandergerissen und wieder sorgfältig zusammengepackt worden wäre.



So war es auch an einem der darauf folgenden Abende, man hatte das Los wieder aus der alten Schublade hervorgeholt, die Stine hob das Los gegen das Licht, als könne sie dessen Geheimnis zwischen den Papierfalten ergründen. Ein feierliches Schweigen herrschte in der Stube. Doch mit einem Male drangen laute Stimmen aus der Linsenstraße an ihr Ohr. Die Stimmen wurden deutlicher, sie kamen näher. Jetzt vernahm man einen Verkäufer der Ziehungslisten: „Heute Ziehung der Klassenlotterie! Neue Liste! Zehn Pfennig, zehn Pfennig!“ Und so ging es weiter. „Neue Liste! Zehn Pfennig! Klassenlotterie, die soeben gezogenen Nummern, zehn Pfennig!“

Immer näher kam der Lärm. Einer der Verkäufer stand gerade vor der Hütte des alten Kruse, und er rief: „Neueste Liste! Das große Los Nummer 1536. Zehn Pfennig!“ „Was ruft der da?“ stotterte nun Stine, und fiel dem alten Krusevater vor Freude um den Hals. „Aber das ist ja unsere Nummer, August, Kruses Vater, das ist ja unsere!“

Die Rufe drangen auf der Straße wurden leiser, der Lärm ließ nach. Aus der Ferne tönte es noch einmal: „Nummer 1536, das große Los!“ Nun ward die Freude groß, jetzt hatte alle Not ein Ende. Doch dem alten Kruse liefen die Freudentränen nur so über die Waden, daß er seinen Kindern so gut geholfen hatte, er dachte an seine gute Hoffnung, und die hatte ihn nicht betrogen, das wußte er. Und der Alte ward so fröhlich, daß er Lieber aus der fernem Jugendzeit mit allerdings schon ein wenig heiserer Stimme sang. Die Kinder tanzten um den Tisch und jubelten vor Freude.

## Papa als Hausfrau.

Von Johannes Wunsch.

Nun hatte sie ihren Hausfrauenurlaub glücklich angetreten. Das ganze Jahr hindurch wurde in der Familie davon gesprochen; aber jedesmal schante Frau Brattisch ihren treuen Ehegesährten mit liebevollen Augen mitleidsvoll an.

„Geh nur, Anna, ich werde schon allein fertig werden!“ war stets seine überlegene Antwort gewesen.

„Und übrigens kennt sich ja Grete gut aus“, setzte er zuversichtlich hinzu.

Grete war das Dienstmädchen, die kostbare Perle, deren festes Auftreten sich schon durch die gewaltige Schuhnummer 44 am besten kundgab.

Frau Brattisch wurde mißtrauisch, sagte aber nichts. Herr Brattisch jedoch war harmlos, wie alle Ehemänner, die bereits über ein halbes Jahr im Joche eingespant sind und nur ab und zu noch ein wenig vom goldenen Freiheitsdrange in sich spüren.

Er hatte mit männlicher Entschlossenheit sein holdes Weibchen an den Jag begleitete und nahm gerührt Abschied von ihr. Ja, er zog sogar sein großes gebüßtes Taschentuch und fuhr damit über die Augen.

Man konnte leider nicht feststellen, ob diese Handlung aus Freude oder aus übermäßigem Trennungsschmerz geschah.

Der Heuchler!

Frau Anna Brattisch wurde stöhlig und wäre gern umgekehrt, aber der Schnellzug setzte sich bereits in Bewegung. . .

Ein leichtes Winken — fort war sie!

Anstehend ging Herr Brattisch langsam dem Ausgange zu und wollte unbekümmert durch die Sperre.

„Die Fahrkarte, bitte!“

Er ergriff und griff haftig in die rechte Westentasche; vergebens. Er suchte nachsichernd in allen Taschen seines gut gebundenen Anzuges; aber das kleine Kärtchen aus Pappe war nicht da.

„Woher kommen Sie? Wer sind Sie? Wie heißen Sie? Wo und wann geboren? Leben Eltern noch? Verheiratet oder ledig oder gar geschieden? . . .“

So ergab sich ein wahrer Sturzbad von Fragen über Herrn Brattisch, der jetzt auch lebendig wurde und dem gestrengen Hüter der Sperre gesprächig auseinandersetzte, warum er sich auf dem Bahnsteig befinde. Und er erinnerte sich plötzlich, daß er Bahnsteig und Fahrkarte zusammen seiner Frau in der Eile eingehändigt hatte.

Der Beamte verstand; er war ja auch verheiratet und kannte sich nur zu gut aus; auch war er kein Unmensch. Und so kam Herr Brattisch mit einem blauen Anze, besser gesagt, Verweis davon, wußte aber trotzdem eine Bahnsteigkarte nachzulassen, die er als Andenken an den Hut steckte, wo sie gut aufgehoben war.

Dann schlenderte er seelenvergnügt und ein lustiges Liedlein vor sich hinflüsternd heim. An der Haustür klingelte er dreimal nach alter Gewohnheit; aber niemand öffnete ihm.

„Nun, was ist denn das?“ murmelte er, während er den Schlüssel suchte und dann selbst aufschloß. Auf dem Küchentisch lag ein Zettel, worauf die Perle dem gnädigen Herrn mitteilte, daß sie mit Erlaubnis und auf ausdrücklichen Befehl der Frau Brattisch zu ihren Eltern aufs Land gefahren sei, mit dem Postauto; und nach 14 Tagen komme sie wieder zurück.

„Ach so!“ dachte er, und ein kleines Licht schien ihm den Verstand zu erleuchten; denn genau 14 Tage davor ja auch der Urlaub seiner Frau.

„Gerade recht so!“ sagte er laut und sagte fröhlich hinzu: „Endlich allein!“

So hatten sie als junges Brautpaar gejubelt. Das war aber lange her, gar lange. . .

Es ändern sich halt die Zeiten und wir mit ihnen. —

Durchs Küchenfenster schaute er gelangweilt in den kleinen Blumen- und Gemüsegarten, wo seine tüchtige und allezeit beschäftigte Anna um diese Zeit ein wenig zu arbeiten pflegte. Sah er ihre schlanken Gestalt nicht zwischen den Blumenbeeten? Ach so, sie ist ja im Schlafzimmer, um die Betten zu machen! Er horchte gespannt nach oben. . . Wie man doch vergeßlich sein kann.

Es schellt; er eilt, um ihr aufzumachen; sicher ist sie schwer bepackt vom Marktwege. Ach — es ist ja die Metzgerfrau, die das Fleisch besorgt. Die dicke Frau, die schon durch ihr Äußeres ihr Geschäft empfiehlt, händigt ihm lächelnd ein Pfund Suppenknochen ein, die Anna noch bestellt hat, damit er sich ein gutes Fleischsuppen kochen kann. Mit vieler Mühe hatte sie ihm alle Einzelheiten klar gemacht, das treubeforgte Weibchen.

Eine tiefe Rührung überkommt ihn. Leider ist sie weg, weit fort, in der Fremde, sonst. . .

Herr Brattisch bezahlt die Knochen und stellt in der Küche gleich Wasser auf den Gasherd, worin sämtliche Knochen in den Topf und geht ins Wohnzimmer, wo im Schrank ein großes Kochbuch liegt mit 888 Seiten Inhalt; über hundert verschiedene Suppen sind angegeben. Er will sich aber eine ganz besonders gute kochen diesmal, gleichfalls als Ersatz für seine liebe Anna. . .

Endlich hat er in dem großen Kochbuch alles zusammen. Eine Stunde war verfloßen. Na, die Knochen werden endlich auch ausgekocht sein, denkt er selbstzufrieden.

Als er aber in die Küche kommt, sieht er zu seinem Schrecken, daß er leider vergessen hatte, den Gasheerd aufzudrehen und anzuzünden. Er holt schnell das Versäumte nach. Er hat ja Zeit, ist sein eigener Herr, kein Sklave mehr, o nein! Jetzt wird er zeigen, was er kann.

Es schellt schon wieder. —

„Ein armer Reisender bittet um einen Zehrpennig!“ Herr Brattisch hat ein Herz im Leib, er kennt die Sorgen und Kummernisse des Lebens. Der Mann bekommt deshalb eine halbe Mark und eine gute Zigarre. . .

Freudig erstaunt zieht dieser dankend von dannen.

Jetzt aber ans Werk!

Herr Brattisch nimmt einen Eßlöffel und holt aus dem Gewürzschrankchen je einen Löffel voll Pfeffer, Salz, Zimt, Nelken, Saffran, Kümmel, Ingwer, Lorbeer und schüttet alles behutsam Löffel um Löffel voll in das kochende Wasser, das bald darauf einen wunderbaren Götterduft aufsteigen läßt. Etwas Öl und Essig kann auch nichts schaden. Dann zerreibt er mit großer Mühe zwei ganze Muskatnüsse, deren Mehl er wohlgefällig hineinschüttet. Seine Finger bluten; er hat sie wundgerieben und eilt ins Schlafzimmer, um sie zu verbinden, wozu er ein Stückchen Stoff ganz unten vom Vorhang wegschneidet.

„Das sieht sie gar nicht“, denkt er wehmütig, aber doch ein bißchen ängstlich.

Es schellt schon wieder. Er eilt die Treppe hinunter, um zu öffnen. Es ist der Bäckerjunge, der das Brot bringt. Die letzten Milchwecken, die sie ihm bestellt hat. . .

Er schneidet Brot in die Suppe, dann eine ziemlich große Zwiebel, holt aus dem Garten eine Handvoll Schnittlauch, den er hineinwirft und rührt alles kräftig durcheinander. Auch Muggel, die gelehrige Hauskake, steht daneben und freut sich auf die gute Suppe; denn es ist inzwischen zwei Uhr geworden. Beide haben ordentlich Hunger, und das ist auch so ziemlich alles, was sie haben; denn als Herr Brattisch die Suppe in den Teller schöpft und davon isst, da wird ihm ganz schleierhaft vor den Augen. Er muß niesen, kräftig — haßte! — niesen.

Das viele Gewürz. . .

Die Tränen kommen ihm in die Augen, nicht aus Schmerz, sondern — haßte!

Nach die arme Kake hat ein wenig aus ihrem Teller gestoffen und schaut ihn vorwurfsvoll an, mit der rechten Vorderpfote reißt sie kräftig am Kopfe herum; auch ihr gehen die Augen über, nicht aus Schmerz, sondern. . .

Herr Brattisch dreht den Wasserhahn, er hat einen riesigen Durst. Dies sehen, hinaufspringen und den Kopf unter den Hahn halten, war das Werk eines Augenblicks bei der Kake. Sie mußte sich abkühlen, ihr Katzenverstand hatte bei dieser Suppe schwer gelitten. Der Mannesverstand bei Herrn Brattisch aber nicht minder. . .

Das war die erste Suppe und die letzte, die er kochte. Er nahm Hut und Stock und ging ins „Goldene Waldborn“, wo er sich bedienen ließ und in Gemütsruhe über den Wert der Hausfrau und des Frauengeschlechtes überhaupt nachdachte.

Dann schrieb er beim Mokka seinem lieben Weibchen eine Karte, auf der er ihr mitteilte, daß er sich entschlossen habe, in Zukunft den Hausfrauenurlaub mit ihr zusammen zu verbringen; denn es sei nicht gut, daß der Mann allein sei, zumal, wenn er nicht kochen könne.

„Da wird sie sich freuen, das gute, liebe Weibchen, wenn ich morgen nachkomme“, schmunzelte er selig lächelnd vor sich hin.

## Das Lotterielos.

In jedem Ziehungstag sah ein Beamter, der dort die Aussicht mit zu führen hatte, ein armes, graues Mütterchen am Platz. Das fiel ihm endlich auf. Und freundlich fragt er: „Habt ihr denn nie gewonnen, liebe Frau? Seit Jahren seh ich euch bei jeder Ziehung im großen Saale hier geduldig warten.“

„Nein, niemals hab ich was gewonnen, Herr!“

„Ja, bist ich euch, habt ihr das selbe Los jahraus, jahrein? So nehmt doch mal ein anderes!“

„Vielleicht kommt dann das Glück zu euch geflogen.“

„Ein Los, Herr, nein, das hab ich nie gehabt.“

„Dann aber könnt ihr doch auch nichts gewinnen!“

Da schaut mit schrägem Köpfchen ihm die Alte freudig ins Gesicht und lächelt gläubig und spricht: „Bei Gott ist doch kein Ding unmöglich.“

Deffel von Liliencron, 1844—1909.

## Humoristische Ecke.

Der gefährliche Film.

Fräulein Eulalia will mit ihrem Hündchen das Kino betreten, der Mann am Eingang stellt sich ihr jedoch entgegen und erklärt, daß er zu seinem Bedauern Hunde nicht hereinlassen könne. Die Dame ist außer sich vor Entrüstung. „Was ist das wieder für ein Unsinn“, meint sie, „was kann denn der Film einem so kleinen Hunde schaden?“

Der Rechte.

Junges Mädchen (zu ihrem Begleiter): „Ich heirate nur einen Mann, bei dem ich mich sicher fühle und beschützt werde.“

„Da passen wir gut zusammen. Ich bin nämlich Versicherungsagent und mein Vater ist Polizist.“